

# Basisgruppen- arbeit an den Hochschulen



## Editorial

Am Montag, den 10. März 1980, sind wir losgefahren. Wir – das sind Wolfgang und Sabine vom Sozialistischen Studentenbund (SSB) aus Hamburg. Erst ging's nach Osnabrück, dann nach Bochum, zum Frankfurter AStA, nach Darmstadt, weiter in den Süden nach Tübingen und zum Schluß nach Westberlin. Einige Zeit später noch ein Abstecher von Hamburg zum Kieler AStA. An die 3000 Kilometer in einem rostigen, aber noch ganz fahrtüchtigen Volvo...

Gegenseitige Informationen und Diskussionen innerhalb der Linken an den westdeutschen und westberliner Hochschulen ist in den letzten Semestern immer schlechter geworden. Ansätze für eine nationale Hochschulzeitung der Basisgruppen sind oft diskutiert, aber nur einmal in die Praxis umgesetzt worden. Und auch dieser eine Ansatz – der Hochschul-ID – hat nur wenige Nummern überlebt. Die Teilnehmerzahl des bundesweiten Basisgruppenseminars nimmt eher ab als zu, allenfalls bestehen noch hier und da regionale Kontakte untereinander. Bei aller Unterschiedlichkeit der Hochschulen weisen die Probleme, vor die sich Linke an den Hochschulen gestellt sehen, doch sehr große Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten auf. Aber ein Erfahrungsaustausch findet kaum statt.

Nun, wir hatten die Idee, einige linke Hochschulgruppen aufzusuchen und mit ihnen Interviews zu machen – das Ergebnis ist diese Broschüre, die die Gespräche in mehr oder weniger gekürzter Form dokumentiert. Unsere Fragestellung war nicht so sehr auf theoretische Erklärungsmuster ausgerichtet, als vielmehr darauf, einen Einblick in die politische Praxis zu gewinnen. Thema dieser Interviews war u.a.:

- Einschätzung der Studentenbewegung heute (eine „neue Studentengeneration“?).
- Schwierigkeiten bei der Wahrnehmung des Politischen Mandats und wie man damit umgeht.
- Aktivitäten gegen verschärfte Studienbedingungen und für fortschrittliche Studieninhalte.
- Stellung zur VDS und nationale Zusammenarbeit der Basisgruppen.

Die vorliegenden Gespräche zeigen, daß die Ansatzpunkte für eine politische Arbeit an den Hochschulen sehr unterschiedlich sind, daß es – auch heute unter erschwerten Bedingungen – möglich ist, eine politische Mobilisierung zu erreichen. Die Beiträge sind u.E. eine Warnung, allzu schnell verabsolutierende Schlüsse zu ziehen, wie etwa, die Studentenschaft sei heute gar nicht, n u r an hochschulpolitischen oder n u r an allgemeinpolitischen Fragen zu mobilisieren. Sicherlich ersetzt diese Dokumentation keine Analyse der gegenwärtigen Situation, aber vielleicht kann sie ein Anfang sein für eine bessere Information, Diskussion und Zusammenarbeit.... Die Auswahl der Gruppen ist etwas zufällig. Wir haben darauf geachtet, daß möglichst alle Bundesländer vertreten sind. Und wir haben uns bewußt auf Gruppen aus dem undogmatisch-linken Spektrum konzentriert, oder – negativ ausgedrückt – auf Gruppen, die nicht aus dem reformistischen oder revisionistischen Lager kommen. Alle diese Gruppen sind in ASten, bzw. in Tübingen im UStA, aktiv.

Die hier abgedruckten Gespräche geben nicht immer eine vereinheitlichte Gruppenmeinung wieder, sondern in erster Linie die Meinung der jeweiligen Gesprächsteilnehmer.

Am 17. März waren wir wieder in Hamburg. Und da fing die Arbeit erst richtig an. Die Interviews mußten getippt, zur ‚Bestätigung‘ verschickt werden usw.usf. Das alles brauchte seine Zeit...

Uns hat diese ‚Tournee‘ allerdings nicht nur Arbeit, sondern auch ziemlich viel Spaß gemacht. Hoffentlich habt ihr auch etwas Spaß beim Lesen! Noch einmal vielen Dank an alle netten Leute für die vorgewärmten Betten, das Frühstück und alle weitere Unterstützung!

Wolfgang und Sabine

### Impressum

Herausgeber: **Sozialistischer Studentenbund/Hamburg** in Zusammenarbeit mit: „Bubag“ TU West-Berlin; Basisgruppen an der Universität Bochum; Basisorientierte linke Fraktion im AStA der Universität Kiel; Rainer vom AStA der Universität Osnabrück; Basisgruppier aus Tübingen; AStA der FHS Darmstadt.

V.i.S.d.Pr.: S.Stamer, c/o Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Lerchenstr. 75, 2 HH 50

Erscheinungsdatum: 5. Juni 1980

Preis 3 DM (evtl. Überschuß geht an die verurteilten Heidelberger Studenten und Studentinnen)

## Wir werden kein Märtyrerdasein führen

Gemeinhin ist der Frankfurter AStA einfach als „Sponti-AStA“ bekannt. Erzählt doch mal etwas genauer, von wem er gebildet wird.

Winni: Der Frankfurter AStA steht in der Kontinuität des antiautoritären Strangs der Studentenbewegung oder dem linkradikalen Moment der Studentenbewegung. Von daher wird der AStA schon seit 6 bis 7 Jahren besetzt von der SHI, der Sozialistischen Hochschulinitiative. In der momentanen Besetzung besteht der AStA seit ungefähr zwei Jahren, also in Anschluß an den damaligen Frauensta. Er wird getragen von der undogmatischen Linken, einem Zusammenschluß von SHI, SB (Sozialistisches Büro) und LILI (Linke Liste), welche eine mehr auf Internationalismusbereiche ausgerichtete Gruppe ist. Die undogmatische Linke verfügt seit zwei Jahren annähernd über eine absolute Mehrheit im Studentenparlament, und stellt seitdem auch alleine den AStA. Kannst Du die SHI etwas näher charakterisieren?

Bernd: Also, Anfang der 70er Jahre gab es hier einen SHB-AStA (Sozialistischer Hochschulbund), davon hat sich ein Teil, der SHB/SF abgespalten. Einzelne Mitglieder des SHB/SF haben dann ungefähr 1973 die SHI mitgegründet. Sie besteht heute aus Leuten, die sich zur Frankfurter Sponti-Bewegung zugehörig fühlen, die meistens über die Arbeit in Fachbereichsgruppen dann dazu gekommen sind, sich Fachübergreifend zu engagieren und regelmäßig zu Stupa-Wahlen kandidiert haben. Insgesamt ein lockerer Verbund von Leuten, die sich einmal wöchentlich treffen und aus de-

ren Kreis sich immer welche gefunden haben, die bereit waren, die AStA-Arbeit zu tragen.

Wie sieht die „Szene“ hier insgesamt, also auch über den Kreis der undogmatischen Linken hinaus, aus?

Bernd: Im Studentenparlament sieht es so aus, daß wir 10 von 22 Sitzen haben, der MSB einen, die Jusos 3, der LHV 2, der RCDS 3 und der SLH 2 Sitze.

Seit der Niederlage in den HHG-Streiks (HHG = Hessisches Hochschulgesetz) ist von den meisten Gruppen an der Universität fast überhaupt nichts mehr gemacht worden, weil bei vielen erstmalig ein neuer Denkprozeß begonnen hat in Bezug auf Hochschulpolitik – auch bei uns.

Der neue AStA ist nach den Bestimmungen der neuen Hochschulgesetzgebung gewählt worden. Welche Auswirkungen hat das für Euch gehabt?

Winni: Vor etwas mehr als einem Jahr hat es darum einen Konflikt gegeben. Es stand für das Wintersemester 78/79 eine turnusmäßige Wahl an, die gegen die Bestimmungen des Hessischen Hochschulgesetzes hätte stattfinden müssen, da dieses Gesetz die Wahlen für das Sommersemester vorschreibt.

Wir haben es für einen nicht löhnenden Kräfteverschleiß gehalten, die Wahlen trotzdem im Winter durchzuführen, weil es an der Uni keine Basis gegeben hätte, allein so etwas wie einen Selbstbehauptungswillen dazustellen, zumal auch die alte Satzung nie eine von der Studentenschaft selbst bestimmte gewesen ist, sondern eine von der Administration



vorgegebene. Wir haben unser Möglichstes versucht, bestimmte Momente des Wahlverfahrens, v.a. die bedingungslose Briefwahl, abzuwehren. Wir haben Urnenwahlen durchgesetzt, aber ansonsten den Wahlvorgang selbst nicht als Moment der großen Auseinandersetzung begriffen. Die Möglichkeit der Briefwahl hatte den Nachteil, daß darüber einige andere Gruppen, z.B. die moderaten Jusos oder der RCDS Stimmengewinne verbuchen konnten. Aber nach unseren Erfahrungen meinen wir, daß in einer politischen Richtung, die sich nur abreißt an dem, was von der Bürokratie verordnet wird, keine Perspektive mehr gesehen werden kann. Die Frage des Wahlvorganges selbst hat auch nie jemanden besonders interessiert, außer vielleicht einige Professionals von politischen Gruppen.

Welchen Angriffen von staatlicher Seite ist der AstA als Organ der Verfaßten Studentenschaft ausgesetzt? Ihr habt ja eine ganze Menge Prozesse führen müssen ...

Winni: Es gab eine ganze Latte, insgesamt 180 „Verstöße“ gegen das Verbot des politischen Mandats. In der Vergangenheit ist die Wahrnehmung des politischen Mandats meistens erst viel später im Nachhinein geahndet worden mit Ordnungsstrafen von 2.000 Mark. Es hat wegen einer Erklärung zur Erschießung Elisabeth von Dycks ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren gegeben, welches allerdings nicht zu einem Prozeß geführt hat, sondern vorher eingestellt worden ist. Und wegen eines Flugblattes zu Nicaragua haben wir vom Unipräsidenten ein Ordnungsgeld verhängt bekommen.



Im letzten Jahr gab es den ersten Prozeß. Dort wurden zum ersten Mal diejenigen, die die Druckaufträge für die betreffenden Flugblätter unterzeichnet hatten, p e r s ö n l i c h verantwortlich gemacht. Im Sinne dieses Regelverstos sind die Frauen aus dem Frauen-AStA schuldig gesprochen worden, sie haben sich „Untreue im öffentlichen Amt“ zu Schulden kommen lassen. Während unserer AStA-Periode also in den letzten einhalb Jahren hat es eigenartiger Weise keine einzige Anzeige gegen Wahrnehmung des politischen Mandats gegeben.

... auch von rechten Studenten nicht?

Winni: Nein, auch das nicht. Wir nehmen an, daß da ein politisches Kalkül dahinter steht, Frankfurt als eine beherrschbare Universität zu zeigen, zumal andere Auseinandersetzungen hier auch kaum noch laufen. Wir werben das als Integrations- oder Eindämmungsversuch, zumal sich unsere letzten Äußerungen in nichts von früheren unterscheiden.

Jetzt erstmals vor drei Wochen hat uns der Unipräsident ein Schreiben geschickt, in dem er ein Flugblatt zu Afghanistan angriff und uns droht, dies sei das letzte Mal gewesen, in Zukunft würde er die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wieder strenger beachten.

Es könnte sich in Zukunft, gerade nach dem Urteil gegen die AstA-Frauen, einiges ändern. Das wird abhängig sein vom politischen Kräfteverhältnis.

Bernd: In der Präsidialabteilung gibt es wohl unterschiedliche Einschätzungen. Der Präsident selbst hat bisher eine Gummiwand-Politik praktiziert, d.h. er war bemüht, Konflikte im Sande verlaufen zu lassen, weil sich gezeigt hat, daß Prozesse oder Polizeieinsätze in der Studentenschaft eher zu einer Solidarisierung geführt haben als zu einer Konflikteindämmung. Bei der Hausbesetzung allerdings, als der Präsident nicht anwesend war, haben sich andere Kräfte durchgesetzt, die sehr schnell nach der Polizei gerufen haben.

Gerade bei dem Frauen-AStA-Prozeß hat es eine Solidarisierung in der Studentenschaft gegeben. Während der letzten 3 - 4 Prozeßtage war der Gerichtssaal rappellvoll. Es sind in der Folge auch wieder Diskussionen unter den Studenten über AstA-Arbeit entstanden. Auch der Polizeieinsatz anlässlich des Boykottes der WiWi-Klausuren hat zu breiten Diskussionen an der Universität geführt als die frühere Gummiwand-Politik des Präsidenten, die uns m.E. eine zeitlang ziemlich lahmgelegt hat.

Könnt Ihr von Euch selbst sagen, daß Ihr eine offensive Wahrnehmung des politischen Mandats betreibt oder habt Ihr es manchmal für besser gehalten, möglichen Konflikten aus dem Wege zu gehen?

Winni: Wir haben immer veröffentlicht, was wir wollten. Wir haben allerdings schon Überlegungen angestellt - für den Fall, daß die Präsidialverwaltung dazu übergehen wird, alles anzuzeigen, was irgendwie zu beanstanden ist - unnötige Anzeigen zu umschiffen. Das ist allerdings noch nicht ausdiskutiert. Wir werden auf keinen Fall ein Märtyrerdasein führen, also unser Recht wahrnehmen und dann individuelle Bestrafungen kassieren. Bislang haben wir noch keinerlei Rücksicht darauf genommen.

Reinhard: Wichtig bei den ganzen Prozessen ist eigentlich, daß es eine einheitliche und konkrete Definition des politischen Mandats überhaupt nicht gibt. Niemand kann genau festmachen, was ein hochschulpolitisches und was ein allgemeinpolitisches Mandat ist. Infolgedessen wurde das Problem in dem Frauen-AStA-Prozeß auf die wirtschaftskriminelle Ebene gehoben, also die Schuld in der „Veruntreuung von Geldern“ gesehen. Auch der Richter selbst hat das Fehlen einer genauen Definition durch den Gesetzgeber festgestellt.

Bernd: Ich nehme an, die Parole „Solidarität mit den Sandinistas“ würde inkriminiert werden, die Parole „Solidarität mit dem nicaraguanischen Volk“ hingegen nicht. Es hängt wohl von der jeweiligen politischen Situation ab, wie weit ein AStA gehen kann. Obwohl wir eigentlich grundsätzlich keine Kompromisse in der Art schließen, wird man sich schon - auch abhängig vom Stand der Haushaltskasse - überlegen, ob man in einem Flugblatt die erste oder die zweite Parole verwendet. Und wenn man etwas weniger Geld hat, schreibt man natürlich „Solidarität mit dem nicaraguanischen Volk“.

Wie sieht es mit der Unterstützung innerhalb der Studentenschaft aus?

Winni: Anfangs herrschte ein ziemliches Desinteresse oder Uninformiertheit vor, aber über Vollversammlungen, die in der letzten Zeit wieder rege besucht waren, ist es gelungen, in den letzten Prozeßtagen eine recht große Öffentlichkeit im Gerichtssaal herzustellen.

Reinhard: Ich glaube, daß eine offensive Wahrnehmung des politischen Mandats für viele Studenten erstmal nicht einschüchternd ist. Die Bedeutung des politischen Mandats für die Studentenbewegung ist gerade den jüngeren Studenten nicht so klar.

Winni: Ich bin nicht damit einverstanden, daß wir selbst durch das Aufstellen der Forderung „Für das politische Man-

## „Während der letzten Prozeßtage war der Gerichtssaal rappellvoll“

dat“ eine Trennung zwischen allgemein- und hochschulpolitischen Äußerungen vollziehen. Natürlich ist diese Trennung absolut unsinnig, aber wir können nicht darüber hinweggehen, daß uns diese Trennung von den herrschenden Kräften mit einem ganz bestimmten politischen Ziel ausgezwungen wird ...

Bernd: Für uns ist es nicht so wichtig, daß die Anerkennung des politischen Mandats in irgendeinem Bulletin der Bundesregierung vollzogen wird. Unsere Forderung heißt eher: „Für die freie Meinungsäußerung“.

Reinhard: Wir sind also nicht fixiert auf irgendwelche Verrechtlichung unserer Forderungen. Eine neue gesetzliche Grundlage könnte sogar unsere Handlungsspielräume noch mehr einengen.

Du meinst, daß dadurch die (z.Zt. nicht genau festgelegte) Grenze zwischen allgemein- und hochschulpolitischem Mandat zu ungunsten der Studenten verschoben würde und Argumentationspielräume vor Gericht für die Studentenschaft eingeschränkt würden?

Reinhard: Eben, das würde uns wohl schaden.

Winni: Wir haben übrigens an den Präsidenten Briefe geschrieben, z.B. mit der Anfrage, ob eine von uns geplante Veranstaltung „Jugend und Terrorismus“ unter das Verbot des politischen Mandats fallen würde oder nicht. Mittlerweile sind die Briefe 6 bis 7 Wochen alt. Der Präsident hat jedoch nur einen beantwortet, die anderen sind erstmal alle an die Rechtsabteilung weitergeleitet worden. Die Beantwortung scheint immense Schwierigkeiten zu bereiten.

Bernd: Die wissen auch, daß wir alle diese Briefe dokumentieren werden, deshalb machen sie sich so viel Arbeit. Wir haben z.B. noch eine andere Anfrage gestellt; so ungefähr: „Ich habe vor, für das nächste AstA-Info eine Satire über den Bundestagswahlkampf zu schreiben. Fällt das unter allgemeinpolitisches Mandat oder unter die dem AstA zugewilligte Freiheit der Kunst?“ Da wissen sie wohl gar nicht, was sie antworten sollen. Wir erwägen sogar, eine Rechtsaufsichtsbeschwerde vorzubringen, weil wir noch immer keine Antwort erhalten haben.

## „Wir sind nicht fixiert auf irgendeine Verrechtlichung unserer Forderungen.“

Verfaßte Studentenschaft und politisches Mandat stellen ja nur einen Teil studentischer Politik dar. Wir sollten vielleicht mal zu einem anderen Bereich, zur Frage der Studienbedingungen und -formierung kommen.

Winni: Von uns aus läuft da wenig, insofern als wir nicht mehr bereit sind auf einer breiten öffentlichen Ebene mit unseren Forderungen in Verhandlungen mit irgendwelchen Politikern zu treten. An den Fachbereichen sind aber die ersten Folgen des hessischen Hochschulgesetzes zu spüren. Und dort hat sich auch in der letzten Zeit unabhängig vom AstA einiges getan.

Es gab z.B. am Fachbereich 3 einen Konflikt wegen der anstehenden Entlassung von 50 Dozenten. An solchen Fragen sind - in der Hoffnung auf derartige Entscheidungen

nach einwirken zu können - Ansätze einer neuen Bewegung entstanden. Das Vorgehen wird wohl künftig so aussehen, daß man versucht, die Anwendung des HHG zu unterlaufen.

Bernd: Es hat sich bei den Wirtschaftswissenschaften gezeigt, daß die nicht mehr mit großen Transparenten „Weg mit dem HHG“ an die Öffentlichkeit gegangen sind, sondern daß sie schlicht und einfach während einer Prüfung die ganzen Unterlagen geklaut haben. Dadurch haben sie sicherlich bedeutend mehr Wirbel veranstaltet, als wenn sie 10.000 Flugblätter verteilt hätten.

Winni: Es gibt nahezu an allen Fachbereichen inzwischen wieder Gruppen, die sich mit den Studienbedingungen auseinandersetzen. Die Aktivitäten sehen von Bereich zu Bereich unterschiedlich aus. An mehr durchstrukturierten Fachbereichen wie Jura sind die Aktivitäten darauf ausgerichtet, die Verankerung bestimmter Lehrinhalte, eine bessere materielle Ausstattung usw. zu fordern. An geisteswissenschaftlichen Bereichen läuft die Arbeit in ganz anderen Bahnen. So gibt es bei den Pädagogen eine Gruppe von ca. 40 Leuten, die nicht mehr versucht, Einfluß zu nehmen auf Studienplanregelungen und ähnliche Entscheidungen, sondern eigene Diskussionsprozesse initiiert und selbstorganisiert studiert.

Bernd: Wir haben ein gemeinsames Plenum geschaffen, wo sich regelmäßig Vertreter aus den Fachbereichen treffen und ihre Erfahrungen austauschen.

Vielleicht noch ein Beispiel aus dem Germanisten-Bereich. Dort soll nächstes Semester ein „Chaos-Semester“ veranstaltet werden. Sie wollen einerseits streng nach der Kapazitätsverordnung studieren. Jeder Prof teilt seine überfüllten Seminare soweit auf, daß er dann mehrere mit nur 30 Leuten hat. Damit haben die Profs in diesem Semester 20 bis 30 Wochenstunden allein im Seminarbetrieb, damit ist ihre Verpflichtung auch für das nächste Semester erfüllt, wo dann gar nichts mehr laufen kann. Eine ganze Reihe von Profs haben schon ihre Bereitschaft erklärt mitzumachen. Nebenher sollen von studentischer Seite aus alternative Seminare zum Beispiel zu PR-Zahl veranstaltet werden.





Reinhard: Diese zentralen Momente sind m.E. für die einzelnen Leute und für die Basisgruppen wesentlich effektiver als so ein vereinheitlichtes Moment, also eine Forderung wie „Weg mit dem HRG“, die man an die hessische Landesregierung heranträgt.

Könnt Ihr die recht weit verbreitete Einschätzung, in der Studentenschaft sei eine politische Apathie vorherrschend, teilen?

Winni: Vor drei Semestern hätte ich noch zugestimmt, aber meine Erfahrungen im letzten Semester sind wieder andere gewesen. Es gibt m.E. wieder ein verstärktes politisches Interesse. In den letzten Jahren dürfte es wohl so gewesen sein, daß viele Studenten ihr Studium nur noch „jobmäßig“ durchgezogen haben. Auch heute gibt es eine ganze Reihe von Studenten, die der Uni den Rücken gekehrt haben und sich irgendwo außerhalb engagieren. Ich will das alles nicht verallgemeinern. Man muß wohl sagen, daß es in den letzten Jahren einen Bruch in den Studentengenerationen gegeben hat.

Wir beobachteten, daß es offensichtlich wieder das Bedürfnis gibt, Stellung zu nehmen. Vollversammlungen an den Fachbereichen waren wieder sehr gut besucht.

Bernd: Die Leute sind dann auch bereit, über ihren eigenen Fachbereich mal hinauszuschauen und sich an anderen Dingen zu beteiligen.

Gibt es eine Verbindung zwischen außeruniversitärer und Studentenbewegung?

Winni: Unsere AStA-Politik steht über weite Strecken in Verbindung mit politischen Aktivitäten außerhalb der Uni. Der Häuserkampf oder die Auseinandersetzungen um das Abendgymnasium haben auch ihren Stellenwert in der AStA-Politik. Zur Zeit ist es allerdings nicht so, daß z. B. die Ökologiebewegung in größerem Maße an die Uni übergriffen würde. Die Studentenbewegung in Frankfurt hat sich allerdings nicht allein auf universitäre Konflikte konzentriert. Das stimmt uns eigentlich ganz optimistisch. Vor 4 oder 5 Monaten herrschte hier noch eine ganz schöne Flaute.

Wo liegen die politischen Schwerpunkte Eurer AStA-Arbeit?

Bernd: Aktivitäten im ökologischen Bereich werden zwar nicht von uns selbst initiiert, aber wir unterstützen Aktivitäten, die andere dazu entfalten und zwar nicht nur materiell, sondern aktiv durch Diskussionen usw.

Ebenso unterstützen wir Aktivitäten, die zum Thema Knast laufen. Wir haben ein Teach-In mit dem Thema „Ist der Staat ein Softi?“ veranstaltet.

Auch Hausbesetzungen werden von uns selbstverständlich unterstützt. Ein wichtiger Punkt ist für uns die Prozeßarbeit.

Und am besten läuft eigentlich unsere „linksradikale Kulturarbeit“. Wir haben auch ein autonomes Frauenreferat. Arbeitet Ihr in der VDS und in der bundesweiten Basisgruppenfraktion mit?

Winni: Im Grunde genommen ist die VDS für uns ein ziemlich unnützes Organ. Wir haben schon Überlegungen angestellt aus der VDS auszutreten, weil wir nicht einsehen, warum wir dort 60.000 Mark im Jahr bezahlen sollen für nichts. Inzwischen sind wir so weit, daß wir nicht austreten, sondern versuchen wollen, die VDS ein Stück weit in unserem Sinne zu beeinflussen, evtl. auch über finanziellen Druck. Das könnte auch klappen, denn unsere Beiträge machen zusammen mit denen des Bochumer AStA ungefähr ein Drittel des gesamten VDS-Haushaltes aus.

Der VDS könnte gerade in Hinblick auf die Wahrnehmung des politischen Mandats sehr hilfreich sein, wenn ein Teil der Gelder, die wir an die VDS in Bonn geben, den ASten von dort wieder zur Verfügung gestellt würden. Da könnte man einen Topf von Geldern einrichten, aus dem allgemeinpolitische Flugblätter, die von ASten herausgegeben, finanziert werden. Eine Verurteilung wegen „Veruntreuung studentischer Gelder“ wäre damit ausgeschlossen, da die VDS-Gelder ungebunden sind.

Bernd: VDS – das ist natürlich nicht nur ein finanzielles Problem. Es ist u.E. notwendig einen studentischen Dachverband aller ASten zu haben, das bestreitet wohl auch kein Basisgruppen-AStA. Unsererseits ist allerdings kein Interesse vorhanden, einen konkurrierenden Dachverband aufzubauen, wie es aus den Reihen der BG-Fraktion vorgeschlagen wurde. Andererseits ist das, was in den letzten Semestern seitens der VDS-Mehrheit praktiziert worden ist, kaum länger zu akzeptieren. Man müßte, wenn man nicht gerade in einem MSB-AStA saß, schon als Bittsteller nach Bonn fahren, um Unterstützung für irgendwelche Projekte zu bekommen, ob nun der Prozeß gegen Brigitte Heinrich war oder Rock gegen Rechts, oder ähnliches. Auch die unabhängigen ASten in Baden-Württemberg, die von Basisgruppen gestellt werden, haben keinerlei Unterstützung erfahren. Prozesse, die in Baden-Württemberg laufen, sind – wenn überhaupt – nur mit sehr viel Widerwillen bezuschußt worden. Deshalb finde ich es auch richtig, daß die Basisgruppenfraktion beschlossen hat, einen Teil ihrer Gelder nur noch zweckgebunden an die VDS zu zahlen. Wenn die VDS in Zukunft nicht bereit sind, ganz erhebliche Zugeständnisse zu machen, werden wir irgendwann sicherlich dort aussteigen.

Meint Ihr nicht, daß ein wesentlicher Mangel der Basisgruppenpolitik ein fehlendes Informationssystem ist?

Winni: Die Notwendigkeit einer bundesweiten Basisgruppenorganisation sehe ich nicht. Probleme von Basisgruppen bestehen zu 90% vor Ort und nehmen die Leute dort in Anspruch. Eine Notwendigkeit wäre allerdings die Schaffung eines besseren Informationssystems.

Vereinheitlichte Punkte innerhalb der Basisgruppenbewegung bestehen derzeit eigentlich nur zu Fragen der Repression, politischer Prozesse usw., aber die machen es noch lange nicht notwendig einen eigenen Verband aufzubauen, zumal das eine Form wäre, die den Basisgruppen von ihrer politischen Natur her uneigentümlich ist.

Bernd: In Hessen selbst läuft die Zusammenarbeit eigentlich recht gut. Bundesweit besteht das Problem wohl eher in der allgemeinen Desolatheit der Basisgruppen selbst und weniger darin, daß ein Verband fehlt, der die Desolatheit der Basisgruppen selbst und weniger darin, daß ein Verband fehlt, der die Desolatheit der Basisgruppen noch bundesweit organisiert.

Winni: Man müßte mal überlegen, warum der Hochschul-ID eingegangen ist. Es gab mal die Idee einen Informationsaustausch über eine regelmäßige Seite in der TAZ herzustellen. Ich bin ziemlich skeptisch, ob das jemals klappen wird.

## „Wann, mit wem, wofür Politik machen — das ist alles unbeantwortet“

Von welchen Gruppen kommt Ihr, und wie setzen sie sich zusammen?

P. (FU): Ich komme von den Basisgruppen der FU (Freie Universität). Die Basisgruppen der FU möchte ich als Nachfolger des UStA (Unabhängiger Studentenausschuß) bezeichnen. Nachdem der UStA an den Problemen des HRG-Streiks sich mehr oder weniger aufgelöst hat, hat sich im November 1978 eine Gruppe gebildet, die sich auf die Diskussion um die Wiedereinführung der Verfassten Studentenschaft vorbereitete. In der Vorbereitung der StuPa-Wahlen hat es dann einige Auseinandersetzungen gegeben, u.a. darüber, wie man sich gegenüber der Wiedereinführung des AStA verhalten sollte. Beteiligt waren die Richtung um die Zeitung „Langer Marsch“, und eine mehr sozialistisch ausgerichtete Strömung, die allerdings inzwischen ausgestiegen ist.

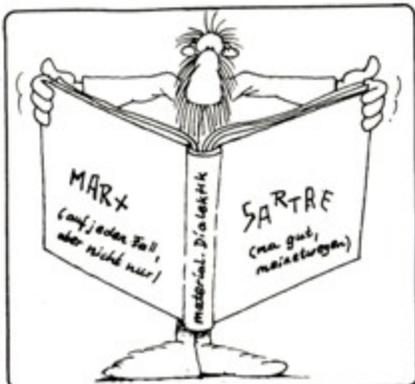
Einbezogen worden ist weiterhin die ML-Strömung (KSV und Umfeld). Die arbeiten auch jetzt noch bei uns mit. Es arbeiten jetzt noch etwa 20 Leute, aber höchstens fünf bis zehn intensiv. Gesamt gesehen gibt es 24 Bereiche an der FU, an etwa der Hälfte dieser Bereiche gibt es Basisgruppen. Die Kommunikation ist aber im Laufe des letzten dreiviertel Jahres schlecht geworden. Die Auseinandersetzung um die Beteiligung am Studentenparlament und am AStA hat den größten Teil der Energie und Arbeit verbraucht; ein weiterer Teil entfiel auf die offizielle Gremienarbeit. Die Ansprüche, die mit der StuPa-Kandidatur verknüpft werden sollten, haben wir nicht eingelöst. Ein Anspruch war z.B., die Basisgruppen an den Bereichen flott zu kriegen. Teilweise liegt das daran, daß sich einzelne Gruppen nicht auf uns beziehen, teilweise an der politischen Fraktionsbildung, teilweise auch daran, daß an einigen Bereichen erst etwas Neues aufgebaut wurde, und diese Leute noch nicht den Dreh zum zentralen Kram bekommen haben.

Wir arbeiten an einer Gruppe zur Hochschulentwicklung und haben in unseren aktuellen Diskussionen gemerkt, daß uns wesentliche „Kapital“-Kenntnisse fehlen. Ebenfalls wird von uns an einer Gruppe Öffentlichkeitsarbeit gearbeitet, die versucht, die dezentralen Hochschulzeitleitungen, die es noch gibt, zusammenzufassen und den Anstoß zu geben, daraus wieder eine gemeinsame Unizeitung zu entwickeln. Eine weitere Aufgabe ist die Arbeit mit und für Erstsemester; über Informations- und Sozialarbeit (Beratung) versuchen wir, Impulse für die Studienperspektive zu geben. Die zentrale Arbeit wird im Moment mehr schlecht als recht gemacht, das liegt wohl daran, daß die aktuellen Ereignisse immer wieder ein Eingreifen nötig gemacht haben und die Entwicklung von Grundlagen dagegen zu kurz gekommen ist.

Zur Information unser letztes Wahlergebnis (Ende Mai/Anfang Juni 1979):

Von 60 Sitzen hat die Basisgruppe 20 bekommen, vier sind an reine Spontanties gegangen, vier an den LHV, acht an die Jusos, zwölf an die Aktion Demokratische Studenten (ADSen), der Rest wurde auf vier rechte Gruppen verteilt (SLH bis Junge Union).

Die Auseinandersetzung mit den ADSen und den Jusos lag darin, daß sie sofort daran gehen wollten, einen



AStA zu bilden, während wir erstmal grundlegender über die AStA-Arbeit diskutieren wollten.

Die Auseinandersetzungen haben sich bis Ende November 1979 hingezogen, bis der Senator eine Beitragsordnung erlassen hat. Die Diskussion im StuPa hat sich wesentlich auf der formalen Ebene entwickelt. Das Problem ist nun, daß wir schwanken, ob wir uns anpassen sollen an die Verfasste Studentenschaft – und wie wir das in Einklang bringen mit der Notwendigkeit, aufgrund einer inhaltlichen Arbeit zu einem Aufbau zu kommen. Von den anderen Fraktionen im StuPa wird mehr versucht, das ganze formal zu lösen. Es kommen Vorschläge, Referate aufzubauen, die sich mehr an einer mechanistischen Struktur orientieren, im Sinne „Wir brauchen diese Strukturen, den AStA usw. – denn andere haben das auch“. Während wir mehr von der Fragestellung ausgehen: „Was können wir leisten?“ und „Welche Gemeinsamkeiten können wir finden?“

Ein Erfolg ist immerhin, daß in einer Urabstimmung ein Satzentscheid der Basisgruppen durchgekommen ist, der an vier Stellen in Zusammenarbeit mit dem LHV korrigiert worden ist. An der Urabstimmung haben etwa mehr als 20% der Studentenschaft teilgenommen.

Zu einer ordentlichen Konstituierung des AStA ist es also noch nicht gekommen?

Es gibt keinen AStA. Es gibt nur ein StuPa, in dem sich 60 Leute regelmäßig viel Unsinn erzählen – es wird mit einer fürchterlichen Geschäftsordnungsklügelerei gearbeitet. Es wird demnächst neu zum StuPa gewählt werden, jedoch ist m.E. auch dann nicht mit einer AStA-Konsolidierung zu rechnen.

Könntest Du jetzt zur TU etwas sagen...

F.: Ich bin Frank von der „Bubag“ an der Technischen Universität. Bubag ist aus Anlaß der StuPa-Wahlen an der TU gegründet worden. Die Gruppe ist aus der TuBa (TU-Basisgruppen) hervorgegangen. Eigentlich ist diese Basisgruppe ein Rest aus dem großen anti-HRG-Streik 1977, als es an

fast allen Bereichen Initiativen und Basisgruppen gab. Aus diesen Gruppen haben sich dann einige zusammengesetzt zu einem Plenum, das einmal die Woche getagt hat, unter Ausschluß der ML-Strömung allerdings. Es gab in die-

## Der Aufschwung endete in ziemlicher Niedergeschlagenheit

ser Frage eine strikte Ausgrenzung. Der Zusammenhalt unter den Basisgruppen-Mitgliedern ist allerdings nach dem großen HRG-Streik relativ schnell zusammengebrochen. Denn nach dem Streik hat sich Resignation breit gemacht und es ist auch nichts Positives an Arbeitsansätzen geboten worden. Der Streik war zu Ende, und alles läpperte so vor sich hin. Viele Initiativen sind eingegangen und haben nichts mehr gemacht – teilweise nur noch Zeitungen. Der Zusammenschluß von Bubag war dann als Zusammenschluß der gesamten Basisgruppen an der TU gedacht.

Es hat sehr schnell Probleme unter den Basisgruppen gegeben: sollte man nun am StuPa teilnehmen oder nicht, und zum zweiten die Frage nach der Teilnahme von KSV und SSB. An dieser Frage gab es dann eine Spaltung – auf der einen Seite Bubag mit zehn Basisgruppen und Initiativen, plus KSV, SSB und zwei anderen Gruppen; und auf der anderen Seite mehrere Fraktionen, die sich nicht beteiligen wollten oder nur sporadisch bei Bubag mitgemacht haben.

Das Wahlergebnis an der TU fiel so aus: Bubag hat elf Sitze bekommen; die Jusos gleich viele, plus drei Sitze für eine Liste, die nicht offiziell als Jusos aufgetreten sind; die ADSen sechs Sitze; und zwei Sitze für die internationale Ausländergemeinschaft (IAG). Dann für den RCDS acht Sitze. Die restlichen Basisgruppen hatten nochmal neun Sitze. Das wären dann 20 Sitze für alles, was man grob unter dem Namen Basisgruppen rechnen kann.

Der Aufschwung nach dem Anti-HRG-Streik endete in ziemlicher Niedergeschlagenheit. Bubag trifft sich zwar heute noch wöchentlich, am Anfang waren es jedoch bis zu 50 Leute, die da zusammenkamen – mit ca. 20 Aktivisten. Mittlerweise schwankt es um die fünf bis acht, die sich noch regelmäßig treffen. Und die, die sich heute noch treffen, haben sich hoffnungslos verstrickt in die aktuellen Sachen in dem StuPa. Zum einen in die leidige Geschäftsordnungsdebatte, und zum anderen in die Ausarbeitung einer Satzung für das StuPa: Ingesamt gesehen liegt die Arbeit am Boden, wir haben Krisendebatten geführt usw., aber nichts hat sich geändert.

Die ganze Arbeit ist in der Satzungsdiskussion und dem ganzen Bürokratenkram aufgegangen, und der Anspruch, Anstöße für die Arbeit in den einzelnen Bereichen zu geben, konnte nicht verwirklicht werden. StuPa-Arbeit sollte nur als Hintergrund, als Klammer, die alles zusammenhält gelten. Heute können wir aber feststellen, daß gerade der gegenteilige Effekt eingetreten ist. Einen AstA gibt es an der TU zur Zeit auch nicht. Jusos und ADSen arbeiten an der TU nicht so gut zusammen wie an der FU – und daher sind die Probleme im StuPa hier auch anders. Die ADSen wollten zwar auch sofort einen AstA haben, das ist aber von uns abgelehnt worden. Mitte Mai wird voraussichtlich eine Urabstimmung über die Satzung stattfinden, und im Wintersemester wird neu gewählt. Vielleicht gibt es an dann einmal einen AstA an der TU.

...und nun zur päd. Hochschule.....

M.(PH): Ja ich bin von der PH. Unsere Probleme sind von daher anders, da die PH wesentlich kleiner ist als die FU und die TU – dort sind manche Fachbereiche so groß wie die ganze PH (zusammen ca. 4.000 Studenten).

An der PH wird Lehrerausbildung für die 1. bis 10. Klasse gemacht. Grundlage ist hier das Lehrerausbildungsgesetz, für die PH gibt das Berliner-Hochschulgesetz also nicht. Und deshalb haben wir an der PH in Westberlin noch einen AstA erhalten. An der PH sind die alten „feudalen“ Strukturen erhalten geblieben: es gibt einen Rektor, in den Gremien der Lehrerbereiche gibt es kein Mitspracherecht für die Studenten. Dagegen gibt es einen AstA mit Satzungsautonomie. Da die PH Anfang April in die übrigen Westberliner Hochschulen integriert werden soll, wird es diesen AstA wohl von nun abgerechnet nur noch bis Ende März 1980 geben. Die Satzung war für uns an der PH so auslegungsfähig, daß wir uns das Politische Mandat und das Imperative Mandat genommen haben.

Die Gruppe, die im Augenblick den AstA stellt, ist die „Liste der aktiven, unzufriedenen Studenten“ (Laus). Sie existiert seit 1976/77. Sie ist von Anfang an eine reine Spontigruppe gewesen. 2/3 mehr reine Spontis, der Rest zählte zu den „Knochenarbeitern“ (Laus-Internes „Kosewort“). Dieser Rest wurde auch ML-Truppe genannt. ML-Truppe deshalb, weil sie die Arbeit gemacht haben – und zwar sehr diszipliniert. Ich spreche mehr für diese Gruppe, die inzwischen leider immer kleiner geworden ist.

In der Vergangenheit gab es viele ADSen (Revis). Die Revis haben sich ziemlich lange in diesen Positionen gehalten. Im Jahre 1976 wurde dann dieser AstA den Revis



Die Hüter von Freiheit und Wissenschaft gleich nebeneinander.

wegenommen, da sie sich anlässlich einer Bewegung gegen staatliche Repressionen (Sperrung von AstA-Geldern) hilflos bis lahm gezeigt haben. Die Revis sind von einer Gruppe abgelöst worden, die sich während der politischen Generationen zusammengefunden hatte. Profilierter hat sich diese Gruppe (die Laus) durch bestimmte politische Aussagen und den Willen, nicht mehr so abgehobene Politik wie von den ADSen bisher praktiziert zu machen.

Auf Anhiob wurden 50% der Sitze gewonnen. Und von Jahr zu Jahr hat die Laus zugezogen; heute verfügt die Laus über 2/3 der Sitze im StuPa. Mit der Zeit wurde die Arbeit im AstA immer schwerer. Berufsverbote, Hochschulrahmengesetz kamen hinzu usw. Das hat u.a. zu einer großen Fluktuation im Laus-AstA geführt, diese Fluktuation wiederum zu einem großen theoretischen Niveauverlust. Heute ist das theoretische Niveau des AstA ziemlich niedrig.

Es sind damit bestimmte Einsichten überhaupt nicht mehr vorhanden. Es ist zum großen Teil so, daß viele die Arbeit im AstA so betrachten, als müßte man sie eben mal gemacht haben.

Wir hatten 2 große Streiks: der Berufsverbote-Streik im Wintersemester 1976/77 und ein Jahr später der HRG-Streik. Die Beteiligung an dem Berufsverbote-Streik war sehr groß, da die Leute an ihrer Existenz gepackt waren.

Die Beteiligung hat sich jedoch nach dem allgemeingewöhnlichen Mißerfolg dieser Streiks sehr schnell wieder gelegt. Eine grundlegende Perspektive war nicht zu sehen. Die Orientierung war im wesentlichen spontan bestimmt, und da unter Spontis nicht so recht der Wille war, sich bestimmte Dinge gezielt zu erarbeiten, war auch nicht mehr politisches Bewußtsein in die Bewegung hineinzubringen.

Nach diesen Streiks kam dann mit dem Berliner Hochschulgesetz, dem neuen Lehrerbildungsgesetz und der Neufassung des Integrationsgesetzes die große Welle der HRG-Umsetzungen. Das bedeutete hier in Westberlin, daß die Lehrer- und Diplomstudiengänge gründlich reformiert werden sollten, die gesamten Lehrerstudiengänge sollten für Westberlin vereinheitlicht werden. Vornehmlich ausgerichtet auf die Annahme der FDGO in allen möglichen Schattierungen.

Ein wesentlicher Faktor für den allgemeinen Niedergang ist die Verfallte Studentenschaft. Die Verfallte Studentenschaft ist hier in Westberlin sehr technokratisch vorgesehen. Sie beinhaltet die Grundrechte nicht, und sie steht unter Aufsicht der Hochschulleitung, d.h., es gibt keine Satzungs- und Finanzhoheit. Für die PH ist das eine Verschärfung, da wir an der PH bisher wesentlich freier als an den anderen Hochschulen vorgehen konnten.

*Du hast einiges zur Krise der Linken gesagt, P., könntest du einmal ausführen, wie ihr jetzt arbeitet und diskutiert, welchen politischen Anspruch ihr habt?*

P.(FU): Nach dem HRG-Streik wurden einige Arbeitskreise eingerichtet, die teilweise auch heute noch existieren. Seit 1/2 bis zwei Jahren existiert bei uns noch ein „Kapital“-Kurs. Ausgangspunkt für die Einrichtung dieses Kurses war die zu geringe theoretische Kenntnis der Leute, die zu wenig politische Kenntnisse mitbrachten, um Solche Themen wie Studienreform wirklich durchdringen zu können. Ferner gab es eine Bloch-Arbeitsgruppe, die sich jetzt allerdings dem „Prinzip Hoffnung“ zugewandt hat.

Andere Arbeitsgruppen sollten an Themen wie „Gewerkchaften“ oder „Internationalismus“ weiterarbeiten, dies konnte jedoch nicht eingehalten werden. Nach den Fehlern des letzten Sommers haben dann ein, zwei Diskussionen stattgefunden, die ganz gut gewesen sind.

Zu den Fragen der Studienreform wird an den einzelnen Bereichen einiges geleistet, da dort die Erfahrungen der Auswirkungen der Studienreform sehr unmittelbar sind. Aber

dort läuft die Studienreform-Arbeit schon sehr lange, und viele haben einfach keine Lust mehr, an diesen Fragen zu arbeiten. Dort, wo diese Diskussion noch nicht so lange läuft, schalten sich die Studenten schon noch in die Diskussion ein – aber mehr in dem Sinne „Vier Scheine sind besser als sechs Scheine“. Sie sehen nicht die auch in solchen Fragen liegende politische Tendenz. Zentral wird von keiner politischen Gruppe zur Studienreform gearbeitet. Lediglich diejenigen, die im Akademischen Senat sitzen, haben durch die Gremienarbeit die Übersicht, wo und was an der FU entwickelt wird. Es geht den Studenten in den Gremien auch mehr darum, das Größte zu verhindern. Inhaltlich, analytisch wird nur wenig in Sachen Studienreform gearbeitet.

Vieles halten sich die Studenten in diesen Auseinandersetzungen mehr an das kleinere Übel, also an Studienentwürfe, die nicht ausgesprochen reaktionär sind.

## Inhaltlich wird nur wenig zur Studienreform gearbeitet.

M.(PH): Nun ja, es gibt Studenten, die sagen, vier Scheine zu machen ist besser als sechs Scheine machen zu müssen. Sicher kann man auf dieser Ebene Erfolge erzielen. Aber es ist ein Fehler, diese Sachen so für sich zu sehen. Man kann die Studienreform nur im Großen und Ganzen sehen, um sich die zunehmenden Leistungsanforderungen erklären zu können: man kann dieses Studium nur erstmalig im Ganzen kritisieren, auch bei jedem einzelnen Kampf in diesem Studium.

Natürlich ist nichts dagegen zu sagen, daß man verhindert, immer mehr Scheine machen zu müssen; aber wenn man das nicht im Zusammenhang sieht, wenn man den Fehler macht, nur an die „vier Scheine“ zu denken, dann kann man nur auf dem Bauch landen. Beim ersten oder zweiten Scheitern weiß man dann nicht mehr, wo es lang geht.

P.(FU): Wir haben z.B. versucht, ein Konzept zu erarbeiten, wie man den ganzen Bereich der Studienreformarbeit und der praktischen politischen Arbeit umfassen kann. Mit kurz-, mittel- und langfristigen Arbeitszusammenhängen. Aber da haben wir erfahren müssen, daß niemand ein Interesse an einer solchen Arbeit hat.

Die Erfahrung ist zum anderen auch, solange die Leute z.B. ihren „Kapital“-Kurs absolvieren, machen die nichts anderes. Für zwei oder drei Semester sind die Leute durch den Kurs absorbiert. Und Erstsemesterarbeit lebt von wenigen Leuten, die die Erfahrungen haben, was im Studium anliegt; wenn diese Leute aus irgendwelchen Gründen aussteigen und nicht mehr mitmachen, bricht an manchen Bereichen die ganze Erstsemesterarbeit zusammen.

Die Arbeit darzwischen, also mittelfristige Arbeit zur Hochschulentwicklung, zum Verhältnis zu den Gewerkschaften, zur alternativen Szene usw. – wird ohne den vermittelnden Gesamtzusammenhang nicht mehr mitgemacht, die Leute steigen aus diesen Kursen aus. Die Arbeitskreise gehen ein. Eigentlich steht eine Neuorientierung der studentischen Hochschulpolitik zur Debatte. Von der theoretischen Konzeption her hat das Umfassende nicht geklappt; das Arbeiten an einzelnen Punkten ist mehr oder weniger auch ohne Ergebnis geblieben, weil sich die Interessen der Studenten kurzfristig nicht durchsetzen konnten. Darüber hinaus wurde von vielen politisch arbeitenden Studenten die insgesamt gültige Tendenz nicht erkannt, und viele haben deshalb resigniert. Nur ganz wenige Leute sind aus diesen politischen Zusammenhängen noch aktiv.

F.(TU): An der TU stehen wir vor folgender Problematik: die politische Bewegung nimmt auch zahlenmäßig immer mehr ab. Die Leute ziehen sich teilweise zurück und machen etwas anderes. Der Rückhalt unter den Studenten nimmt teilweise rapide ab. Alles Gerede bringt einen ja nicht von der Grundproblematik ab – jedenfalls bei uns ist es so: alles ist zerfallen. „Warum, mit wem, wofür Poli-

„tik machen“ — das ist alles sehr nebulös und unbeantwortet.

Die Frage wird von vielen verschieden, aber im Grund gleich falsch beantwortet: die einen ziehen sich ins Privatleben zurück, die anderen arbeiten wieder im Stadtteil, oder wieder andere ziehen sich in die Universitätskassen zurück und wursteln da vor sich hin, ein ganz kleiner Teil zurück und wursteln da vor sich hin. Ein ganz kleiner Teil versucht noch die Fahne hochzuhalten, geht aber trotzdem langsam auch unter. Die entscheidende Frage ist doch: „Warum diese Entwicklung?“ Und auf diese Frage haben wir zur Zeit keine Antwort!

Das ist keine isolierte Sache für Westberlin, sie steht vielleicht eher symptomatisch für die Situation der gesamten Linken. Die Auflösung der KPD zum heutigen Zeitpunkt ist sicher auch kein Zufall. Die Frage nach der Neubestimmung der Hochschulpolitik ist sicher nicht allein von den Hochschulen aus zu lösen — sondern muß in allgemeineren Dimensionen angegangen werden.

Wir haben ander TU z.B. während des Streiks von 1.200 Studenten 1.000 auf einer Vollversammlung gehabt. Vor einem Jahr hatten wir Vollversammlungen zur Studien- und Prüfungsordnung von 300 Leuten. Damals haben wir Fachbereichsräte gesprengt und die Entwicklung rausgezögert. Jetzt stand eine neue Prüfungsordnung an und zur Vollversammlung sind nur 30 Leute gekommen. Auf einer weiteren waren es dann noch fünf wackere aber Einsame!

P.(FU): Insgesamt gesehen ist die „Lust“ zum Studieren wider größer geworden. Die Auseinandersetzung mit dem Studium als dem politischen Gegenstand muß mehr in den Vordergrund gerückt werden. Der Wunsch der Erstsemester, sich mit ihrem Studiengegenstand auseinanderzusetzen, hört ja im allgemeinen im vierten/fünftens Semester auf; bei vielen, die politisch aktiv sind, bricht dann der Frust aus. Sie hören erst einmal auf zu arbeiten. Nach einiger Zeit fangen sie dann wieder an zu studieren, und ziehen dann aber die Prüfungen und ihr Studium durch.

## Darmstadt

„Unser Ziel ist es,  
nicht nur selbst politisch zu arbeiten,  
sondern andere einzubeziehen“

Bitte, stellt zu Anfang doch erstmal eure Gruppe vor und beschreibt, wie ihr in den AstA gekommen seid.

Uchi: Im letzten Sommer hatte es seit einem Jahr keine aktiven AstA mehr gegeben, lediglich eine Person hat noch versucht, etwas den Dienstleistungsbetrieb aufrechtzuerhalten. Jetzt sind im AstA sechs Leute aus dem Bereich Sozialpädagogik und ein Architekt. Wir Sozialpädagogen kommen aus der Fachschaftsarbeit und haben uns gedacht, daß es so — ohne AstA — nicht länger weitergehen kann.

Rainer: Früher hat an der Fachhochschule mal eine viel breitere Bewegung als jetzt existiert. 1977 hat hier ein unbefristeter Streik stattgefunden. Der damalige AstA hatte darauf orientiert, einen Semesterabbruch durchzusetzen. Bereits nach drei Tagen hat das Rektorat Polizei eingesetzt, um den Lehrbetrieb aufrechtzuerhalten. Vier Wochen lang ist dieser Streik relativ breit getragen worden, mit Ausnahme von zwei Fachschaften, die schon bei der Urabstimmung mehrheitlich gegen den Streik gestimmt hatten.

Nach sechs Wochen mußte der Streik abgebrochen werden, weil ein Teil der Studentenschaft Angst bekommen hat, das ganze Semester zu verlieren, also gar keine Scheine zu erhalten. Zusätzlich erfolgten 25 Strafanzeigen wegen Widerstand, Hausfriedensbruch, Nötigung etc.

Nach dem Streik hat die Linke Liste ein relativ breites Bündnis, in dem aber nur ein Teil der ehemaligen Basisgruppe mitgearbeitet hat und die wesentlich vom KB getragen wurde, versucht, die Aktivitäten weiterzuführen. Allerdings ziemlich aktionistisch. Nach einem viertel Jahr war dieser Aktionismus ziemlich ausgebrannt. Die Linke Liste hat versucht die im Streik entstandene Politisierung auszunutzen, in dem sie auch bis ins nächste Semester hinein permanent Aktionen gemacht hat, an denen sich aber immer weniger Studenten beteiligt haben. Die Arbeit der Linken Liste (Lili) hat sich dann langsam von der konkreten Hochschulpolitik weg entwickelt. Obwohl noch einige Großveranstaltungen zu Antirepression, Stammheimer

„Selbstmorden“ und zur Pressefreiheit organisiert wurden, gelang es nicht, das im Streik entstandene politische Engagement weiterzuführen. Von der Lili hat man dann nichts mehr gehört, als es ihr nicht gelang bei den Stupa-Wahlen die Mehrheit der Sitze zu erhalten. — Die „Traditionelle Basisgruppenfraktion“ hat danach wieder den AstA gestellt.

Insgesamt ist an der FH eine ziemliche Enttäuschung, Resignation und Perspektivlosigkeit eingetreten. Von den aktiven Fachschaften sind nur zwei übriggeblieben, Sozialpädagogik und Architektur. Erst seit einem halben Jahr entstehen auch in den technischen Fachbereichen langsam wieder aktive Fachschaftsarbeit oder ähnliches. Mit welchem Ziel wurde dieser unbefristete Streik durchgeführt?

Rainer: Vom Kultusministerium war für den Bereich „Bau“ in Gießen eine Zwischenprüfung angedroht worden, die u.a. Fristen für das Erlangen der Scheine festgesetzt hat, wo die Zwangsexmatrikulation drin war usw. Auch am FB Maschinenbau wurde zu dem Zeitpunkt eine ähnliche Prüfungsordnung genehmigt. Das Ziel des Streikes war, diese Prüfungsordnungen vom Tisch zu bekommen. In Bezug auf die vom Kultusministerium erlassene Prüfungsordnung in Gießen wurde das auch erreicht.

In Darmstadt ist die Prüfungsordnung am Bereich Maschinenbau bestehen geblieben. Durch den Streik von fünf hessischen Fachhochschulen war das Hochschulrahmengesetz nicht wegzuschaffen. Der Streik lief unter der relativ platten Parole „Weg mit dem HRG“!

Die Zielsetzung der Leute, die den Streik initiiert haben, war auch zu erreichen, daß das gesamte Semester nicht zählt, so daß an der Hochschule ein Stau entstehen würde in den kommenden Semestern.

In der derzeitigen Situation orientiert keine Gruppe an der FH mehr auf diese Mittel, wie Streiks usw. — mit Ausnahme des MSB mit seinen schon zur Tradition gewordenen „bundesweiten Streiks und Aktionstagen“, die allerdings

in der Regel völlig an der Studentenschaft und der Öffentlichkeit vorbeigehen. Der MSB hat übrigens 777 gegen den unbefristeten Streik gestimmt.

Gerhard: Nochmal zur Forderung „Weg mit dem HRG“. Die ist ja inhaltlich nicht verkehrt. Aber klar geworden ist wohl nicht, daß diese Forderung in ihrer ganzen Tragweite einfach nicht durchzusetzen war.

Über den Streik und letztlich auch den Polizeieinsatz ist eine recht breite Politisierung und Betroffenheit entstanden, so daß sich nachher, z.B. bei der Besetzung des „Darmstädter Echos“, welches unsere Forderungen nicht veröffentlichte, bis zu 300 Leute beteiligt haben. Relativ spontan sind viele Leute bei diesen Aktionen mitgerissen worden, es ist aber nicht gelungen, diese Aktivitäten aufzufangen und auf eine längerfristige Arbeit zu orientieren.

Einen Ansatz in diese Richtung hat die Linke Liste dargestellt, mit dem Anspruch, die fachübergreifende Arbeit weiterhin aufrechtzuerhalten und den entstandenen Schwung aufzufangen. Der von Rainer vorhin kritisierte Aktionismus der Lili bestand darin, daß die Linke Liste versucht hat, eine Öffentlichkeitsarbeit v.a. über (phantasievolle) Aktionen fortzuführen, die sich allerdings immer mehr von dem direkten hochschulpolitischen Geschehen entfernt haben. Es hat z.B. eine Stammheim- und eine Wallraff-Veranstaltung gegeben, die auch recht gut besucht waren. Aber das alleine hat für eine kontinuierliche Arbeit an der Hochschule eben nicht ausgereicht. Allerdings muß hier auch gesehen werden, daß z.B. mit den damaligen Großveranstaltungen einer Entwicklung an der FH Rechnung getragen wurde, die auf der einen Seite gekennzeichnet war von relativer Perspektivlosigkeit bezüglich Hochschularbeit und auf der anderen Seite von den z.T. am eigenen Leib spürbaren Auswirkungen der „Symphantisanten“-Hatz im Zuge der Schleyer-Entführung. Ich halte es von daher nach wie vor für richtig, diese Fragen aufgegriffen zu haben.

Rainer: Es war die meisten Studenten wohl nicht vermittelt, was diese Fragen mit ihrer eigenen Situation hier an der Hochschule zu tun haben.

Martin: Die Linke Liste hat es — in dem Maße wie sie zu aktionistisch war — versäumt, Arbeitsstrukturen zu hinterlassen, die kontinuierlich hätten weiterarbeiten können. In

dem Moment, wo bestimmte Personen von der Linken Liste weg waren, war die gesamte Arbeit hier weg.

Ein weiterer Punkt ist, daß studentische Interessen die sich in einem Streik für bessere Studienbedingungen durchaus einheitlich darstellen können, nicht übertragbar sind auf irgendwelche Antirepressionskampagnen. Denn die Mehrheit der Studentenschaft ist durchaus nicht antikapitalistisch eingestellt. Bessere Studienbedingungen will auch jemand, der sich im Sinne dieses Systems qualifizieren will. Das muß man wohl in die politische Arbeit miteinbeziehen. Wir sehen uns im AstA was unsere politische Zielsetzung angeht, von daher auch nicht als Vertreter aller Studenten, höchstens in Bezug auf die Dienstleistungen. In Bezug auf inhaltliche, politische Arbeit setzen wir uns selbst Schwerpunkte wie z.B. Antifaschismus, Anti-AKW-Arbeit, Wohnungssituation, auch in Zusammenarbeit mit Initiativgruppen ausserhalb der Hochschule.

Die Forderung, Weg mit dem HRG' ist ja inhaltlich nicht verkehrt. Aber daß diese Forderung heute nicht durchsetzbar ist, war nicht klar.

Uns geht es zur Zeit darum: Arbeitseinheiten zu schaffen, gar nicht mal um die „Massen“ zu gewinnen, sondern um an inhaltlichen Fragen weiterzuarbeiten, auch wenn dies erstmal in einem relativ kleinen Kreis geschieht.

Könnt ihr konkreter darstellen, welche Arbeits-Schwerpunkte ihr Euch gesetzt habt?

Uchi: Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Mitarbeit im Redaktionskollektiv. Dieses Kollektiv ist entstanden, um



wieder regelmäßig die Herausgabe einer Zeitung an der FH zu gewährleisten, in der sowohl hochschulinterne als auch über die Hochschule hinausgehende Themen behandelt werden. Einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit bildet die Wohnungsproblematik, ausgehend von der Wohnungssituation der Studenten, aber nicht allein darauf reduziert. Wir wollen versuchen, mit Leuten aus Fachschaften, insbesondere Architektur, Projekte aufzubauen, die dann auch Sanierungspolitik von der kommunalpolitischen Seite her aufgreifen und eventuell studienintegriert behandeln, die sich also auch nicht auf die Hochschule beschränken müßten, sondern hinaus in die Stadt gehen und Kontakte zu anderen Hochschulen, an denen dazu gearbeitet wird, aufnehmen.

Weiterhin wichtig für uns ist auch die Auseinandersetzung mit der Einführung von Industriestudien. D.h. die Studenten der technischen Fachbereiche sollen während des Studiums in die Industrie geschickt werden, haben dort nur Praktikantenstatus, mit anderen Worten keinerlei Rechte und Bezahlung. Wir fordern zwar stärkeren Praxisbezug, aber keine Ausbildung, die uns in das kapitalistische System preßt. Wir wollen anregen, dazu eine Arbeitsgruppe zu bilden. Eine abgeschlossene Meinung haben wir zu diesem Problem noch nicht.

**Martin:** Wir wehren uns ja nicht grundsätzlich gegen Praxisbezug im Studium. Aber so wie das angegangen wird ... Dozenten schließen z.B. Verträge mit gewissen Firmen und schieben denen so die Studenten zu. Die Praxis, die damit eingeführt wird, dient lediglich dazu, zu lernen, wie man existierende Verhältnisse am besten nützt, bzw. schon vor Studienabschluss genehme Studenten zu integrieren und ungenehme auszusehen.

Auf der anderen Seite merken wir unheimlich oft, daß die meisten Studenten überhaupt keine Erfahrung von Praxis haben, zumal der Anteil der Abiturienten, die direkt vom Gymnasium kommen, in der letzten Zeit sehr gestiegen ist. Wir befinden uns daher noch in der Diskussion wie Praxisbezug tatsächlich am sinnvollsten verwirklicht werden kann (z.B. 8-semesteriges Projektstudium).

**Rainer:** Unser Ziel ist es, zu all diesen Fragen nicht nur selbst zu arbeiten, sondern immer andere Leute einzubeziehen. Ergänzen muß ich noch, daß ein sehr wichtiger Scherpunkt unserer Arbeit das Hochschulplenum ist. Es tagt wöchentlich und ist offen für alle interessierte Studenten. Dort diskutieren wir unsere Vorstellungen, um die Arbeit des AStA transparenter zu machen.

**Der Praxisbezug dient lediglich dazu, zu lernen, wie man den existierenden Verhältnissen am besten nützt.**

Unser Anspruch ist nicht, daß der AStA unheimlich wirbeln von Montags bis Freitags, sondern Keime von Fachschaftsarbeit zu unterstützen und für diese ein Ansprechpartner zu sein. Ich glaube, nur von unten nach oben kann hier eine kontinuierliche Arbeit laufen. Wichtig ist uns auch eine inhaltliche Kritik am Studium. Das muß allerdings verstärkt über die einzelnen Fachschaften laufen.

**Wie groß ist denn in der Studentenschaft das Interesse an einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Studieninhalten?**

**Martin:** Allgemein ist das nicht so groß. Und ein relativ großer Teil derjenigen, die sich in den letzten Semestern



DURCH IHR  
FORSCHES  
AUFTRETEN  
ERKÄMPFEN SICH DIE STUDENTISCHEN VER-  
TRETER IM FACHBEREICHSRAT IHRER  
WIEDER REDERECHT!

in Gremien aufgegeben haben, mußte erfahren, daß sämtliche wesentlichen Forderungen dort nicht durchgesetzt werden konnten. Dadurch ist das Interesse an Gremienarbeit natürlich zurückgegangen. Wir überlegen uns auch, inwieweit man in der Gremienarbeit nicht zurücksteckt und sich stattdessen mehr auf eine inhaltliche Arbeit zu unseren Schwerpunkten konzentrieren sollte. Es ist natürlich wichtig, dort drin zu sein. Die Frage ist allerdings, ob man sich darin weiter aufreißt oder nicht.

**Meine letzte Frage war eigentlich weniger auf Gremienarbeit bezogen, als vielmehr auf eine Auseinandersetzung mit Studieninhalten außerhalb der Gremien, z.B. auch auf evtl. Ansätze eines selbstorganisierten oder alternativen Studiums.**  
**Rainer:** Etwas in dieser Richtung läuft am Fachbereich Sozialpädagogik. Dort gab es einen Ansatz, ein selbstorganisiertes Projekt zu machen. Wir sind allerdings an Grenzen gestoßen. Es gab lediglich zwei Dozenten, mit denen wir zusammenarbeiten konnten – und selbstbestimmtes Lernen, das ist auch nicht ganz leicht gefallen. Im Fachschaftsrat Sozialpädagogik haben wir uns zum Schwerpunkt gesetzt, zu erarbeiten, welche inhaltlichen Vorstellungen wir eigentlich von unserem Studium haben, um von daher zu bestimmen, wie unserer Meinung nach ein Studienplan auszusehen hätte. Aber das ist wohl eine Ausnahme ...

**Gerhard:** Am Fachbereich Architektur ist das auch ein wesentlicher Punkt, auch deshalb weil in diesem Studiengang das Projektstudium verankert ist. In 16 von 28 Wochenstunden wird (derzeit noch) über ein Jahr hinweg ein bestimmtes Bauvorhaben behandelt. Diese Arbeit wird in Gruppen geleistet, auch die Benotung wird der Gruppe insgesamt erteilt. Weiterhin sollen die Seminare projektbegleitend, im Gegensatz zum reinen Fächerstudium ablaufen.

Seit zwei Jahren ungefähr wird sehr massiv versucht, diese Studienform abzubauen. Die Zeit für das Projektstudium soll auf 4 bis 6 Wochenstunden runtergeschraubt werden. Klausuren werden wieder eingeführt. Einzelbenotungen sollen stattfinden usw. Zur Verteidigung des Projektstudiums ist die letzten Semester eine ganze Menge gelaufen, auch mit breiter Beteiligung: Unterschriftenlisten, Vollversammlungen, Resolutionen, ... Es ist bis zu einer Besetzung des Fachbereichssekretariats gekommen, um eine längst überfällige Fachbereichsrats-Sitzung zum Thema „Neue Studien- und Prüfungsordnung“ einzuberufen.

Was die AStA-Arbeit angeht, so stehen wir derzeit noch ganz am Anfang unserer Arbeit. Man muß das alles auf dem Hintergrund sehen, daß hier eineinhalb Jahre keine öffentliche Auseinandersetzung stattgefunden hat, es gab nicht

einmal mehr Infos. Die letzten Stupa-Wahlen haben auf dem Hintergrund stattgefunden, die studentischen Selbstverwaltungsorgane nicht kaputtgehen zu lassen. Sehr viel mehr als dieser „Rettungsgedanke“ war da nicht vorhanden, geschweige denn eine inhaltliche Auseinandersetzung bezüglich anstehender Auseinandersetzungen, Arbeits-schwerpunkte etc.

**Könnt Ihr als AStA ungehindert zu sogenannten allgemeinpolitischen Problemen Stellung nehmen, oder gibt es da Einschränkungen? Habt Ihr selbst schon irgendwelche Anklagen bekommen?**

**Rainer:** Nein, bisher noch nicht. Wir bekommen allerdings noch Bescheide und Urteile aus der Amtszeit des alten AStA. Diese Urteile und Verfahren kosteten den AStA insgesamt rund 25.000 DM. Diese Anzeigenkampagnen wurde im wesentlichen vom RCDS geführt, namentlich von Rainer Dieffenbach in Zusammenarbeit mit dem Kanzler der FH. Während der RCDS Typ ständig wegen des politischen Mandats geklagt hat, hat der Kanzler zusätzlich laufend Privatklagen in Form von Beleidigungsklagen, Ehrverletzungen etc. geführt.

Um uns in Zukunft gegenüber solchen Klagen, die übrigens alle von uns verloren wurden, ein Stück weiter abzusichern, nehmen wir zu allgemein politischen Themen als AStA keine Stellung.

Dafür arbeiten wir in einem unabhängigen Redaktions-Kollektiv mit, welches alle 4 bis 6 Wochen die „Fachhochschulzeitung“ herausgibt. In dieser Zeitung wird sehr wohl zu allgemeinpolitischen Themen Stellung bezogen.

**Hat es zu den erwähnten Klagen eine Solidaritätsbewegung in der Studentenschaft gegeben?**

**Martin:** Eigentlich nein. Doch heute werden Studenten wegen des Streiks vor zwei Jahren verknackt und das löst nun wirklich keine Betroffenheit mehr aus.

**Utschi:** Ja, aber da spielt noch ein anderes Problem mit, denn zum Teil haben nicht mal wir selbst bis wir im AStA anfragen von diesen Klagen etwas gewußt.

**Rainer:** Man muß den Vorgängern im alten AStA wohl den Vorwurf machen, daß ein ganzes Stück Öffentlichkeitsar-

beit vernachlässigt wurde.

**Gerhard:** Die einzige Sache, die hierzu öffentlich gemacht worden ist, betraf den Aufruf des AStA zu einer Stammheim-Veranstaltung gemeinsam mit der Landesastenkongferenz und der Linken Liste, weshalb der damalige AStA wegen Wahrnehmung des politischen Mandats belangt werden sollte. Es ist hierzu u.a. eine Dokumentation gemacht worden. Das hat allerdings nicht dazu geführt, daß eine Solidaritätswelle oder ähnliches entstanden wäre. Die Anklagen sind eigentlich alle in eine Zeit reingestoßen, wo hier an der Fachhochschule politisch nichts mehr gelaufen ist, auch nicht seitens des AStA. Ich kann natürlich keine Prognosen aufstellen, welche Form und Intensität unter anderen Bedingungen politische Aktivitäten hätten haben können.

Auf jeden Fall hat aber auch deswegen nichts laufen können, weil kaum was öffentlich geworden ist.

**Arbeitet Ihr eigentlich in dem VDS oder im bundesweiten Basisgruppenseminar mit?**

**Martin:** Zunächst haben wir uns mal vorgenommen, nicht in den VDS aktiv mitzuarbeiten. Eine Zusammenarbeit zwischen der Fachhochschule und den VDS läuft schon seit 1978 nicht mehr, wir haben seither auch keine Beiträge mehr bezahlt. Unser Schwerpunkt ist zunächst einmal, die Arbeit hier aufzubauen und nicht die Arbeit in den VDS.

Mal ganz abgesehen davon, daß überhaupt nur auf dem Hintergrund eigener politischen Erfahrungen und Praxis eine Mitarbeit in diesen Organen von Nutzen ist. Ehrlich gesagt, ich weiß auch noch relativ wenig von dieser ganzen VDS-Geschichte. Wir müssen uns da zunächst einmal durcharbeiten.

**Halft Ihr es für Euch für sinnvoll, eine stärkere Zusammenarbeit von Basisgruppen bundesweit wieder aufzubauen?**

**Martin:** Wir beginnen jetzt erstmal eine Zusammenarbeit mit dem AStA der TH in Darmstadt, und ich denke, daß das mit der Zeit auch mal darüber hinausgeht.

## „Unser AStA ist nicht nur Sache der organisierten Linken“

**Stell doch bitte am Anfang mal dar, was für eine Basisgruppe Ihr seid und welche Arbeit Ihr macht?**

Geprägt ist die Basisgruppe seit ihrer Gründung durch die frühere Mitgliedschaft einiger Mitarbeiter im KBW und anderen, die vor allem auch aus einer „KBW-U-Boot“-Gruppe stammten. Damit hatten wir zu Beginn auch einige Schwierigkeiten in Bezug auf zentralistische Arbeit; das drückte sich vornehmlich in der Unterdrückung „einfacher“ Basisgruppenmitglieder aus. Ein Gründungsgedanke ist sicher auf den Frust über die frühere Mitarbeit im KBW zurückzuführen. Ein kleiner Teil der BG ist ausschließlich in der BG organisiert, darüberhinaus arbeiten Jungdemokraten, SBler und einige „Spontis“ mit. Eine Trennungslinie, die durch die BG läuft, wird dadurch gebildet, daß sich einige als Spontis und einige nicht als Spontis ver-





stehen, was sich selbstverständlich auch in der praktischen Arbeit ausdrückt.

Ein Selbstverständnis der BG als solches gibt es nicht; es besteht natürlich der Anspruch, undogmatische linke Politik zu betreiben. Darunter versteht ich, daß diese Politik auf Alltagsverhalten und auf Reaktionsverhalten orientiert ist. Leider wird nicht genug auf der Basis einer längerfristigen Perspektive Politik betrieben. Das schlägt sich in der ASTA-Arbeit nieder und eben auch dann, wenn außerhalb der Uni mal was gemacht werden soll, z.B. beim Auftreten von Faschisten, dem immer nur ein Reaktionsverhalten entgegengesetzt wird.

Worin drückt sich das unterschiedliche Verständnis von ASTA-Politik in Eurer BG aus?

Eine Position u.a. besteht darin, ASTA-Arbeit in Form einer unreflektierten Sozialpolitik zu betreiben, etwa, ob der ASTA einen VW-Bus anschafft und ihn dann an Studenten verleiht. Das ist eines der wesentlichen Aufgabenfelder des einen Basisgruppenteils; diesem Teil fehlt insbesondere eine Klarheit über allgemeinpolitische Sachen und deren Umsetzbarkeit an der Uni. Der andere Teil der BG, die „Inhaltlichen“ genannt, versucht eine eigenständige Basisgruppen-Politik nicht nur an Hochschulfragen und nicht nur als Reaktionspolitik auf Erlasse und Gesetze zu vollziehen. Z.B. hat sich dieser Teil der BG vorgenommen, am Thema Bundestagswahl - auch mit Auswirkungen für die Hochschularbeit - zu arbeiten und über die Situation der Studenten in den 80er Jahren, bezogen auf Studiensituation, Wohnen, Psyche usw. Klar ergibt sich die Trennung der BG auch aufgrund persönlicher Sachen.

Stell doch bitte Euer Verhältnis zur ASTA-Arbeit noch etwas genauer dar und welche Funktionen Ihr dieser Arbeit zuordnet?

ASTA-Arbeit wäre in zwei Bereiche aufzuteilen: einmal Dienstleistungsbereich. Daraus würde auch ein Teil der Informationsarbeit fallen. Der zweite Bereich ist aber der der Förderung politischer Auseinandersetzung. Schwierig ist es möglich vom ASTA aus solche Auseinandersetzungen zu initiieren, dann werden sie ganz schnell aufgesetzt. Das scheint mir eh eine Gefahr für die Politik linker Asten. Deshalb kann man mit solcher Politik nicht vom ASTA aus eingreifen. In Fragen der Bundestagswahl können vom ASTA Stellungnahmen abgegeben werden; die allein werden jedoch keine Auseinandersetzung der studentischen Basis bewirken. Diese Auseinandersetzungen müssen von

anderen an der Basis entwickelt werden, und die kann dann der ASTA wiederum unterstützen. Andere Wege der Auseinandersetzung zu beschreiben heißt, erstmalig in den eigenen Reihen Standpunkte zu entwickeln und sie dann in den Seminaren oder Fachschaftsräte-Vollversammlungen zu vertreten.

Andererseits kann der ASTA natürlich laufende Initiativen in den Bereichen unterstützen.

Für uns ist die Fachschaftsarbeit genauso wichtig wie die Arbeit im ASTA. Eigentlich müßte der Weg noch radikaler zur Basis hin beschritten werden - Auseinandersetzungen finden in den Seminaren kaum noch statt. In der Zeit, als der KBW und dessen Umfeld hier noch stark waren, haben wir laufend Seminare gekloppt. Heute geschieht dies nirgendwo mehr.

Wie sieht denn das politische Kräfteverhältnis innerhalb der Studentenschaft aus?

Aufgrund des Reformimages dieser Uni sind viele Studenten nach Osnabrück gekommen. Damals, 1975, gab es nur drei politische Gruppen: den RCDS mit einem relativ konstanten Anteil von über 30%, einen sehr starken KBW und den „Demokratischen Fortschritt“, eine aus Jusos und „gewerkschaftlich Orientierten“ zusammengesetzte Gruppe.

Aufgrund der Zersplitterung der Linken gab es ein Erstarken der Rechten: das Aufkommen des SLH und auch des RCDS. Diese Zersplitterung führte dann dazu, daß über ein Jahr kein ASTA zustande kam, weil die Stimmenanteile geblockt waren, oder die Jusos nur einen „Schumpfstapel“ stellen konnten. In dieser Zeit hatten die Rechten bis zu 50% der Stimmen.

Beim ersten Auftreten der BG 1979 wurde diese gleich mit einem starken Anteil gewählt - wohl vornehmlich, weil die Studenten etwas verändert sehen wollten, denn inhaltlich hatte die BG bis dahin sich noch nicht ausweisen können. Zu der Zeit waren die Rechten noch ziemlich stabil, die Stimmen wurden vornehmlich von den anderen Linken gewonnen (Zerfall des KBW/Abwanderung von der „GO“).

## Wir halten es heute für aussichtslos zu streiken ...

Im Wahlkampf 1980 konnten sicherlich viele Leute von einer Wahl des RCDS abgehalten werden - indem der RCDS in eine Politik getrieben wurde, die selbst nicht mehr die Billigung seiner Mitglieder hier findet (ASTA-Denunziation).

Ein Moment für den Erfolg unserer ASTA-Politik liegt gewiß darin, daß wir keine aufgesetzte Politik vorgesetzt haben, z.B. in der Form, daß Presseerklärungen im Namen der gesamten Studentenschaft abgegeben wurden usw. Das Kräfteverhältnis konkret in Sitzungen im Studentenparlament ausgedrückt: die BG hat jetzt zwölf Sitze (bei der letzten Wahl acht), die Jusos haben nun sieben (ebenfalls sieben in der Vergangenheit), der RCDS ist von sechs auf fünf abgefallen, der SLH mußte ebenfalls Federn lassen (von vier auf zwei); „GO“ und KBW haben sich mit jeweils drei Sitzen halten können. Da die Wahlbeteiligung etwas gefallen ist, drückt sich der nominelle Stimmenabfall der „Göler“ wie auch des KBW und des RCDS/SLH nicht recht in der Zahl der Sitze aus, es hat an sich einen größeren Einbruch bei ihnen gegeben. Die BG war die einzige Gruppe, die auch stimmenmäßig einen Zuwachs zu verzeichnen hatte. Die Wahlbeteiligung lag bei ca. 30%

(1979 34%).

Bei Angriffen auf die Verfälschte Studentenschaft wird der BG-ASTA von allen linken Gruppen unterstützt. Bei anderen Fragen wechselt es, so z.B. bei Fragen wie Bahro-Solidarität oder bei Anti-AKW-Sachen.

Euer ASTA ist in der Vergangenheit mit Amtsenthebung bedroht worden. Welche Sachen sind Euch da zur Last gelegt worden?

Ja, einmal wegen unserer Solidaritätsarbeit zu R. Bahro, als er noch im Knast saß. Dann wegen der Presseerklärung zu Rudolf Heißler und Elisabeth von Dyck.

Es gab mehrere Erlasse des Wissenschaftsministers aufgrund von Aktivitäten im Ökologie-Bereich, z.B. Mobilisierung zur Bonner Anti-AKW-Demonstration, die entweder auf Geldstrafen oder auf Amtsenthebung hinausliefen. Letztendlich sind diese Sachen aus taktischen Gründen nicht durchgezogen worden. Dazwischen stand der Präsident der Uni und der Justiziar, der als Juso-Landesvorsitzender immer noch seine Juso-Positionen wahren mußte. Eine Solidaritätsbewegung, die dem ASTA den Rücken stärken könnte, wird nicht mehr so groß sein wie vor zwei oder drei Jahren. Deshalb halten wir es heute für aussichtslos, zu streiken oder das Rektorat zu besetzen, wie es früher einmal bei solchen Anlässen der Fall war. Eine solche Form der Solidarität wäre sicher die erfolversprechendste.



Hier in Osnabrück sind wohl zunächst „nur“ Geldstrafen für den ASTA zu erwarten und keine weiteren persönlichen Konsequenzen für ASTA-Mitglieder. Ebenfalls werden keine Relegationen durchgesetzt werden können.

Vielfach wird heute gesagt, der ASTA ist nur noch Sache der Linken - die anderen interessiert das nicht mehr. Daraus ergibt sich u.U., daß die Masse der Studenten dementsprechend „Ihr“ ASTA auch nicht mehr verteidigt...

Nun, bei einer Wahlbeteiligung von 30% kann gesagt werden, 70% dokumentieren ihr Desinteresse oder gar Ablehnung. Hier in Osnabrück kann man vielleicht sagen, daß der ASTA nicht nur Sache der organisierten Linken ist. Aber in gewisser Weise muß man sich heute „opportunistisch“ verhalten, d.h. es ist nicht möglich in einer politisch repressiven Phase fortwährend gegen den Strom zu schwimmen. Da, wo Politik einsichtig betrieben wird und an den Bedürfnissen der Studentenschaft anknüpft, kann auch mit der Unterstützung der nichtorganisierten Linken gerechnet werden. Und eben nicht nur der linken Unorganisierten, sondern eben der Betroffenen.

Das läßt sich an den Aktionen beweisen, die wir in der letzten Zeit gemacht haben: einmal zu Studienfragen, Stellenstop - Ausbaustop und Streichung von Studiengängen sowie am Boykott der Studentenwerksbeiträge, den wir als einzige Hochschule in Niedersachsen noch immer fortsetzen - unter Beteiligung von 500-800 Student(inn)en. Das zeigt sich aber auch an nicht hochschulspezifischen Fragen. So z.B. an der Bahro-Solidarität, wo wir es uns leisten konnten, gegen Gesetze und Verordnungen zu verstößen, weil wir wollten, die Masse der Leute hier steht hinter uns.

Vielen Studenten erscheinen die Organe der Verfälschten Studentenschaft zunächst einmal suspekt, nämlich dort, wo diese Organe nicht durchschaubar arbeiten und wo sie von vielen Juso- und MSB/SHB-ASTen zu einer machtpolitischen Pökerhalle gemacht werden. Gleichzeitig werden diese Organe immer mehr von Gesetzen infragegestellt. Auf der Grundlage einer prinzipiellen Feststellung „Für das politische Mandat“ ist keine Studentenbewegung herbeizubaufen. Dies ist allenfalls an konkreten Forderungen möglich.

Welche Aktionen habt Ihr denn zum Stellenstop gemacht?

Der Stellenstop zeigt sich zunächst mal ganz klar in den sozialwissenschaftlichen Bereichen, die hier mal „ganz fortschrittlich“ als Projektstudium angelegt waren. Desweiteren in Arbeitslehre, Medienwissenschaft und Sozialpädagogik. Große zusammenhängende Aktionen der verschiedenen Bereiche hat es nicht gegeben.

In Medienwissenschaften planen wir ein Gastsemester in Westberlin, und es ist sicher, daß 50% der Medienstudenten daran teilnehmen werden. Kann auch sein, daß das ganze in Paderborn stattfindet. Für ein paar Wochen wird ein Großteil der Medienwissenschaftstudenten von Osnabrück abziehen - Anlaß ist ein Stellenstop von Seiten des Ministeriums, der letzte Prof wird wohl in absehbarer Zeit auch weggehen. Deshalb haben wir einen Zugangsstop zu diesem Bereich durchgesetzt.

Wir meinen, daß es an diesem Punkt notwendig ist, die politischen Verhältnisse zu verschärfen, damit das Wissenschaftsministerium von sich aus gezwungen ist, den Studiengang ganz einzustellen oder aber dessen Existenz zu sichern. Auf Schwierigkeiten wird das Ministerium bei einer Abschaffung dieses Studiengangs deshalb stoßen, weil die Westdeutsche Rektorenkonferenz einen Ausbau der Medienwissenschaften empfohlen hat.

Arbeitet Ihr vom ASTA aus mit an Entwürfen für Studienpläne oder ähnliches?

Wir weigern uns zunächst einmal, uns selbst die formalen Kriterien für Prüfungen zu schaffen. In diesen Fragen halten wir es für richtig, nur einen Abwehrkampf zu führen. Anders sieht es bei der inhaltlichen Gestaltung des Studiums aus. Es ist wohl für Basisgruppen wichtig, in diesen Fragen wieder verstärkter Einfluß zu nehmen. Vor drei, vier Jahren war es in Osnabrück normal, daß die Veranstaltungen nie so abließen, wie es von den Veranstaltenden geplant war.



Habt Ihr auch schon über die Möglichkeiten eines „alternativen Studiums“ nachgedacht?

Formal gibt es die Möglichkeiten, innerhalb des Lehrstudiums und der Diplom-Studiengänge Projekte zu machen, die auch angerechnet werden. Die Schwierigkeit für solche Forschungsprojekte sind eigentlich mehr die, daß ohne den normalen Unidruck und den Lehrenden gearbeitet wird, und das geplante eigenständig in die Tat umgesetzt werden muß. Das Problem liegt hier nicht in der Durchsetzung solcher Projekte sondern mehr in der praktischen Umsetzung.

Das Engagement der Studenten in diesen Forschungsprojekten ist allerdings nicht allzu groß, es setzt sich so eine Art Laissez-Faire-Verhalten durch.

So ein Projektstudium ist doch eine recht interessante Sache im Studienbetrieb. Was meinst Du denn, welche Ursachen dieses mangelnde Engagement hat?

Die Ursache liegt zunächst darin, daß in dieser Studienreform eine Alternative zum Uni-Alltag gesehen wird, die repressionsfreier und mit dem Anspruch verbunden ist, sich wirklich Freiräume zu verschaffen. Diese gegebenen Möglichkeiten werden nicht als politisch positive Sache begriffen. Schließlich müssen auch diese Projektstudien immer schon mit Blick auf die Prüfungen konzipiert und durchgeführt werden, das nimmt natürlich auch einen Teil der Lust dazu. Das Projektstudium wird leicht als zusätzliche Belastung begriffen, denn es gibt z.B. keine Forschungsgruppe, die an einem Thema arbeitet, das so zur Prüfung geeignet wäre, daß einem die Prüfer gleich um den Hals fallen.

Sind die Forschungsgruppen auf die Universität beschränkt oder besteht eine Verbindung zu Gruppen oder Projekten außerhalb der Uni?

Eine Verbindung besteht z.B. im Bereich Arbeitswissenschaft, wo wir versucht haben, eine Verbindung zu den Ge-

werkschaften herzustellen. Das ist allerdings auf Schwierigkeiten gestoßen. Es kommt vor, daß Betriebsgenehmigungen, die genehmigt wurden, vom Oberbürgermeister demnächst attackiert werden, daß sie nachher wieder abgesagt werden. Eine gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ist leider auch nicht zustandekommen. Zum einen aufgrund einer ablehnenden Haltung seitens der Gewerkschaftsführung, zum Teil vielleicht auch aufgrund einer ablehnenden Haltung auf Seiten der Studenten gegenüber den Gewerkschaften, die manche als „sozialdemokratischen Sammelverein“ betrachten. Auf jeden Fall erschwerte die vollkommen akademische Planung des Projekts eine derartige Zusammenarbeit.

Du hast die Universität Osnabrück als Reformuni beschrieben. Kannst Du noch etwas über die politische Situation im Lehrkörper und die Auswirkungen auf das politische Bewußtsein innerhalb der Studentenschaft sagen?

Vereinzelt gibt es noch KBWler im Lehrkörper. Ein ziemlich großer Teil ist im Sozialistischen Büro (SB), vor allem aus den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern. Die einzigen bekannten Grünen in Osnabrück sind Lehrende. Das Kräfteverhältnis in akademischen Gremien ist immer von einer sozialliberalen Mehrheit geprägt. Dazu gibt es auch vereinzelt Ausschläge nach links und rechts. Offen reaktionäre Leute sind in Osnabrück sehr selten. Das heißt, die Fortschrittlichen sind auf taktische Bündnisse mit den Sozialliberalen angewiesen. Die Entpolitisierung der Studenten geht einher mit einer Geringschätzung der Studenten seitens der Professoren. Die meisten kommen aus der 68er Generation, haben irrsinnige Ansprüche und halten viele Studenten für dumm. Es ist ein sehr bekannter Spruch hier in Osnabrück, daß 90% der Studenten doof sind. Der Anspruch der fortschrittlichen Hochschullehrer hat sich auf das Arbeiten im stillen Kämmerlein beschränkt, und

### Die erste Frage wird immer nach den Berufschancen und nach den Anforderungen gestellt.

eine Arbeit mit den Studenten zusammen findet nicht mehr statt. Vereinzelt gibt es noch eine Zusammenarbeit zu Veranstaltungen. Die schlimmste Fraktion der linken Hochschullehrer („Mehrwert-Fraktion“), die auch in Osnabrück sehr verbreitet ist, ist die, die meint, den Marxismus am besten verbreiten zu können, indem man über ihn Klausuren schreiben läßt. (Igitgitt/der Sätzer). Fühlen sich die Studenten von solchen Sachen abgestoßen, wird ihnen wiederum der Dummheitsvorwurf gemacht!

Gibt es Eurer Meinung nach so etwas wie eine „Neue Studentengeneration“?

Wir haben vom AstA aus vereinzelt die Möglichkeit, an den Schulen mit 12. und 13. Klassen zu reden. Verglichen mit unserer eigenen früheren Schulsituation ergeben sich doch neue Entwicklungen: z.B. das leistungs- und karriereorientierte Verhalten von Schülern. Die erste Frage wird immer nach den Berufschancen in dem und dem Fach gestellt und danach, welche Anforderungen man dafür erbringen muß. Freiwillige Lernbereitschaft und Auseinandersetzungsfähigkeit hat spürbar abgenommen. Festzustellen ist auch ein sehr prüfungsorientiertes Lernen. Hier sind durchaus Unterschiede zur Schulsituation vor einigen Jahren festzustellen.

Das ist aber doch kein Merkmal der „Neuen Studentengeneration“. Das Verhalten zeigen doch auch gerade die ganzen „alten“ Linken!

Sicher, die Entwicklung in der Schule erklärt nicht die allgemeine Hochschulsituation und das Verhalten der Linken an der Uni heute, ist aber mit einer der Grundsteine für eine neue Entwicklung. Das erklärt natürlich nicht ein politisches Abflachen der Studentenbewegung insgesamt. Insgesamt liegt ein Teil der Gründe für das Abflachen der Studentenbewegung in den Fehlern der Linken, die es nicht verstanden haben, Probleme so aufzugreifen, daß sie als wichtig begriffen wurden.

Welche politischen Ansatzpunkte siehst Du in dieser Situation?

Zunächst ist das Aufbrechen von Seminaren bitter notwendig, gerade in Erstsemesterveranstaltungen. Das ist ein wichtiger Schritt, von Anfang an ein prüfungsorientiertes Lernen an der Uni zu knacken. Ein anderer wichtiger Schritt wird sein, sich verstärkt auf die Anfangssemester zu konzentrieren und dort zu arbeiten.

Als ich noch im Fachschaftsrat gearbeitet habe, haben wir immer einen von uns „abgestellt“, der dann im ersten Semester studiert hat. Auch die Einrichtung von Erstsemesterinitiativen oder -stammtischen halte ich für wichtig. Überhaupt kann momentan die Unisituation nur durch ein Aufbrechen von Seminaren, d.h. durch ein Hineinbringen anderer Inhalte geändert werden.

Wie steht es mit Streikaktivitäten an Eurer Uni, habt Ihr die „bundesweiten Streiks“ mitgetragen?

Eine direkte Beteiligung an den bundesweiten Aktionen hat es nicht gegeben. Lediglich ein Flugblattaustausch zwischen uns und der „GO“. Die gesamten bundesweiten Aktionen wurden hier als aufgesetzt begriffen.

Das Verhältnis zwischen der „GO“ und uns hat sich im Laufe der Jahre verändert, genauso das Verhältnis zwischen KBW und uns. Für die „GO“ waren wir zu Beginn Anarchisten und Spontis, und für den KBW der „Schleim der Studentenbewegung“. Nach unserer erfolgreichen Wahl klappte die „GO“ zuerst um und versuchte, mit uns ins Geschäft zu kommen. Da die linken Organisationen es vermeiden, sich mit uns anzulegen, ist es auch sehr schwer für uns, eine Auseinandersetzung aufzuziehen.

Wie ist Euer Verhältnis zur VDS und zu Basisgruppen an anderen Unis, habt Ihr Interesse an einer intensiveren Auseinandersetzung?

In der BG ist kein großes Interesse an der VDS, obwohl die Notwendigkeit der Existenz der VDS eingesehen wird. Es gibt auch kaum Interesse, über einzelne konkrete Punkte hinaus mit anderen BGen zusammenzuarbeiten. Das würde mehr als Privatsache und Luxusspielchen angesehen. Es ist schwierig, einen einheitlichen Basisgruppenstandpunkt zu dieser Frage zu vermitteln. Von einzelnen, die das für wichtig halten, wird bestimmt versucht werden, eine Zusammenarbeit mit anderen Basisgruppen zu gestalten.

Der Aufbau einer BG-Zeitung wird zur Zeit von uns nicht für nötig gehalten - dagegen aber ein Ausbau des Berichtswesens, vor allen Dingen landesweit. Daran würden einige Leute aus Osnabrück bestimmt mitarbeiten.

## „Die Gefahr zu verlieren ist sehr groß — aber laßt es uns versuchen“

Am Anfang steht die Frage, wie Ihr in den AstA gekommen seid, was Euch dazu gebracht hat, AstA-Politik zu machen?

Wir haben es als linke, undogmatische Gruppierung für nötig befunden, zu den AstA-Wahlen zu kandidieren, um dem RCDS diesen AstA wieder abzunehmen. Wir haben daraufhin versucht, die einzelnen Abteilungen (Fachbereiche) auf einer Liste zu vereinigen. Dort ist Basisarbeit geleistet worden, und vielfach haben sich die Studenten in dieser Politik wiedergefunden.

Die Organisation ist also von unten nach oben aufgebaut. Am Anfang haben einzelne Abteilungen und Initiativen gestanden, die sich zusammengeschlossen haben. Eine Wahlplattform ist erst nach dem Treffen aller Interessierter zur AstA-Wahl geschrieben worden, die hat vorher nicht bestanden.

Mehrmals haben an der Uni Bochum die Rechten den AstA gestellt. Es war von daher nicht einfach, die Kontinuität in der linken Politik zu wahren. Es gab eine zeitlang eine Liste, in der alle politischen Gruppierungen vertreten waren, die ganzen K-Gruppen, linke undogmatische Positionen. Aber dann gab es nach einiger Zeit immer wieder die



Universität Bochum im März 1980 ...



ses Gruppenhickhack, wenn man sich auf eine einheitliche Wahlausage einigen wollte. U.a. deshalb war es möglich, daß die Rechte an dieser Universität die AstA-Wahlen gewann.

Bei den Basisgruppen war es anders: man hat sich zusammengesetzt und endlich einmal einen programmatischen Ansatz gefunden. Und es war damit eine neue Grundlage geschaffen für eine langfristige Stabilisierung der Politik an dieser Uni.

Diejenigen, die heute bei den Basisgruppen mitarbeiten, gehören überwiegend keiner kommunistischen Gruppe und auch keiner anderen Partei an. In der letzten Zeit sind allerdings viele der aktiven Basisgrüpler in die Grünen gegangen.

*Aufgrund welcher inhaltlichen Arbeit habt Ihr linke Politik stabilisieren können, und wie sind die Rechten zurückgedrängt worden, die doch einige Zeit relativ stark hier waren?*

Die Mißerfolge dieser rechten Gruppen führen wir darauf zurück, daß es diesen Gruppen nicht mehr gelungen ist, ihre Wählerschaft an den rechten Bereichen zu mobilisieren. Sie haben eine Politik betrieben, die auch ihren eigenen Wählern ins Gesicht geschlagen hat. Die Leute haben natürlich nicht links gewählt – obwohl wir auch an diesen Bereichen einigen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatten – sondern sind größtenteils den Wahlen ferngeblieben.

Zu berücksichtigen ist bei den Wahlen in der Studentenschaft die relative Fluktuation der Wählerschaft. Es ist nicht so wie bei den Bundestagswahlen, wo ein fester Bestand an Wählern immer da ist. Bestimmt stellen die Neuwähler an der Uni ungefähr 20% der gesamten Wählerschaft

wahrscheinlich darunter auch ein großer Teil an Leuten, die politisch noch nicht festgelegt sind. Für diese Leute ist es ziemlich wichtig, welche Atmosphäre sie vorfinden, wenn sie ihren Bereich zum ersten Mal betreten: ob dort eine gute Fachschaftsarbeit läuft, ob dort Erstsemestergruppen gemacht werden usw. Darüber können diejenigen, die mit einem Gefühl des Unbehagens an die Uni kommen, für uns gewonnen werden.

Erstsemestergruppen sind gerade dafür wichtig, daß dort die persönlichen Probleme eingebracht werden können, die bei Studienbeginn bestehen. Gerade diejenigen, die diese Erstsemestergruppen durchlaufen hatten, sind einem später als Erstsemester-Tutoren oder als Fachschaftsratsmitglieder wieder begegnet.

Im Übrigen sind die Rechten, um darauf zurückzukommen, das gesamte Semester nicht zu sehen, nur wenn es um die SP-Wahlen geht, dann sind sie auf der Platte – und dann auch noch etwas dumm.

*Zur Zeit habt Ihr hier in Bochum eine Koalitions-AstA, bestehend aus verschiedenen politischen Gruppen. Wie läuft denn die Arbeit unter diesen Umständen?*

Vertreten sind Basisgruppen, MSB, SHB, LHV und Jusos; die Zusammenarbeit läuft ganz gut, da wir uns nicht die verschiedenen Meinungen gegenseitig aufzwingen. Wir versuchen aber, da wir die Mehrheit im AstA haben, unsere Meinung in wichtigen Positionen durchzusetzen. Dafür haben wir das Votum der Bochumer Studenten eindeutig bekommen ... wir vertreten halt linke und dogmatische Positionen, die in der Tradition einer R. Luxemburg, eines R. Dutschke stehen, nun ja, Bakunin auch ...

## Die Rechten sind das gesamte Semester nicht zusehen, nur zu den SP-Wahlen.

Wir weigern uns allerdings wegen jedem Mumpitz einen großen Wirbel zu machen. Wenn der SHB-Kulturreferent eine Degenhardt-Veranstaltung machen will – dann soll er sie machen. Denn wenn wir jetzt einen großen Streit vom Zaun brechen, dann heißt es wieder an der Basis: die Linken sind so zerstritten. Unser langfristiges Ziel ist aber, ohne die „Götter“ auszukommen.

Was uns in der praktischen Politik am meisten überrascht hat, ist die Tatsache, daß die Vertreter der anderen politischen Minderheiten hier im AstA meist gar nicht anzutreffen sind, und von daher nur wenig Anlaß zu Streitereien entstehen kann. Von den Verhandlungen her sind wir eine Koalitions-AstA, aber in der Praxis ein Basisgruppen-AstA. Mit den Jusos haben wir keine Schwierigkeiten, da zwei der drei Leute im Juso-Referat BG-nahe sind.

*Unter welchen Voraussetzungen von staatlicher Seite her müßt Ihr Politik machen? Gibt es Angriffe auf die Verfallte Studentenschaft, und wie sieht es hier mit der „Studienreform“ aus?*

Uns ist damals vorgeworfen worden, daß wir unter den SSG-Bedingungen (SSG = Studentenschaftsgesetz) Wahlkampf machen wollten, uns also an die gesetzlich vorgegebene Wahlordnung halten wollten. Aber faktisch haben wir unter eben diesen SSG-Bedingungen bis heute keine Behinderung erfahren. Für uns hat der AstA die Funktion – und darum kandidieren wir auch – an die Finanzen zu kommen, damit hier linke Gruppierungen unterstützt werden können und andere Sachen, die sonst nicht laufen könnten, weil das nötige Kleingeld fehlt. Darum sitzen wir auch im AstA.

Beschränkungen gibt es sicherlich. Diese waren aber auch schon vor dem Inkrafttreten des SSG vorhanden. Das Recht zur Wahrnehmung des Politischen Mandats hat die Studentenschaft ja noch nie gehabt.

Wir sehen keinen Sinn darin, in diesen AstA Leute zu schicken, die auf Teufel-komm-raus auf Konfrontationskurs gehen und am Ende mit Strafgehdern in Höhe von mehreren hunderttausend Mark dastehen – diese Gefahr besteht bei einem so großen Etat, wie wir ihn haben. Wir wollen keinen Märtyrer-AstA. Und mit der Zeit haben wir gemerkt, daß wir eigentlich alles machen können, was wir wollen, wenn wir es nur richtig benennen.

Wir waren in dem Punkt, als AstA allgemeinpoltische Aussagen zu treffen, vorsichtig. Es ist besser, die Basisgruppen machen eine bestimmte Aussage und sind nicht angreifbar, als daß der Basisgruppen-AstA dieselbe Aussage macht und verurteilt wird. Die Wirkung ist die gleiche, die Verbindung AstA - Basisgruppen ist für jeden nachvollziehbar.

Das Nicht-Eingreifen von offiziellen Stellen ist wohl auch darin begründet, daß bei Repressionen mit Unruhe an der Uni gernechnet wird. Aber solche Formen der Repression sind einfach noch nicht gekommen. Schwierigkeiten wären mit Sicherheit zu erwarten, wenn wir eigene allgemeinpoltische Aussagen veröffentlichen würden. Wir können Gruppen, die allgemeinpoltische Aussagen machen, unter die Arme greifen.

Es ist wahrscheinlich, daß das Eingreifen der Hochschulbürokratie in der nächsten Zeit zunehmen wird. Denn auf dem Programm steht die Einführung des WissHG. Darin wird u.a. gefordert, daß die Fachschaftsrate durch Urnenwahl bestimmt werden und nicht mehr wie bisher nach den eigenen Satzungen, d.h. im Allgemeinen auf Vollversammlungen. Die von den VVs gewählten Fachschaftsrate sollen zum 4. Juli abgesetzt sein. Eins ist klar: für den offiziellen Beschluß zur Urnenwahl braucht die Uni-Leitung einen Wahlausschuß, die politischen Hochschulgruppen sind aber nicht bereit, in diesem Gremium mitzuarbeiten. Zur Zeit versuchen wir Informationen darüber in die studentische Öffentlichkeit zu tragen. Bochum kommt bei dieser Frage eine entscheidende Bedeutung zu, da nach unseren Informationen hier zuerst die Änderung der Wahlsituation für NRW versucht wird. Kippen wir das Vorhaben, wird es wohl schwieriger werden, es auch an den anderen Unis durchzusetzen.

*Welche politischen Schwerpunkte habt Ihr Euch in den Fachbereichen gesetzt?*

Im Fachbereich Pädagogik geht es um die Lehrerausbildung. Das betrifft immerhin an die achttausend Leute an der Uni. Für das Ökologie-Referat ist ein Punkt, mit möglichst allen Ökologiegruppen an der Uni zusammenzuarbeiten und Verbindungen außerhalb der Uni aufrechtzuerhalten. Manchmal veranstalten wir auch Vorlesungsreihen, wie die Fachschismus-Ringvorlesung.

Daneben versuchen wir verstärkt Sachen zu machen, die auf die Lehrinhalte bezogen sind: z.B. gibt es seit längerer Zeit ein Seminar „Angepaßte Technologie“ und ein Seminar zur Rationalisierung. In der letzten Zeit ist allerdings



„Nach acht Semestern verirrt man sich hier immer noch!“

der Kampf gegen die kleinen Verschärfungen, die überall in den Bereichen durchgedrückt werden, zu kurz gekommen. Ein Grund dafür ist die mangelnde Beteiligung von Studenten an der Fachschaftsarbeit, einfach deshalb weil die Studenten viel mehr arbeiten müssen. Ein Problem ist auch, daß die Verschärfungen als „selbstverschuldet“ angesehen werden; jeder weiß z.B., daß das Maschinenbauingenieur-Studium sehr arbeitsintensiv ist; wenn die Studenten dort mit neuen Anforderungen konfrontiert werden, denken sie: „das hast du dir selbst eingebracht“.

*Wenn Ihr jetzt die Arbeit an den Studieninhalten in den Vordergrund rückt, ist das nicht ein Widerspruch zu Eurer These, daß die Studenten weniger Interesse am Studium haben?*

## Was hat mein Studium mit meinem späteren Beruf zu tun?

Einerseits ist es richtig, daß wir gesagt haben, die Leute entwickeln eine Gleichgültigkeit gegenüber ihrem Studium. Andererseits überlegen sich die Studenten heute mehr, was sie mit ihrem Beruf eigentlich anfangen wollen nach Beendigung ihres Studiums. Die Bilder von den wunderbaren Karrierejobs sind angekratzt. Es gibt Umweltzerstörung, es gibt die Auseinandersetzungen mit Rationalisierungsvorhaben — unter diesen Umständen ist es natürlich kein Wunder, wenn diese Studenten sich fragen, welche Rolle sie bei dem Ganzen spielen sollen und wollen. Und wenn diese Fragestellung noch nicht in deren Köpfen ist, so müssen wir doch versuchen, diese zu entwickeln. Es ist wichtig zu fragen, an welchen Punkten soll die Kritik an den bürgerlichen Wissenschaften ansetzen.

Mit der Form der Kritik, wie sie Anfang der 70er Jahre gelaufen ist, kann man heute keinen mehr hinter dem Ofen hervorlocken. Dies hängt gewiß damit zusammen, wie die Leute heute von der Schule kommen. Sehr interessiert sind viele an Fragen wie: „Was hat mein Studium mit meinem späteren Beruf zu tun?“ Bei den Psychologen lautet z.B. eine Fragestellung: „Kann ein linker Psychologe in Institutionen fortschrittliche Arbeit machen?“ Dazu hat eine Veranstaltungsreihe mit Leuten aus Landeskrankenhäusern und Praktikern aus sog. Alternativen stattgefunden, die auf regen Zuspruch gestoßen ist.

Ein Problem ist heute, daß die meisten durch die Studienverschärfungen nicht mehr die Zeit haben, sich neben dem Studium noch mit anderen Dingen zu beschäftigen. Deshalb schon ist es für den AStA eine politische Aufgabe, gegen die Leistungsverschärfungen zu kämpfen, um auf diese Weise den Studenten mehr Freiraum zu verschaffen.

*Was läuft in Bochum konkret gegen einzelne Studien- und Leistungsverschärfungen?*

Jahrelang ist z.B. an einem Bereich ein Kampf gegen die Einführung von Statistik-Klausuren geführt worden. Trotz allem, auch gegen einen Streik sind diese Klausurverschärfungen durchgesetzt worden. Jahrelang sind immer neue Kommissionen an den Bereich gekommen und mußten sich neu mit dieser Frage befassen. Der Wille war mit der Zeit immer geringer, sich an dieser Frage durchzusetzen. Die Praxis der Hochschulverwaltung zeigt eine langfristig angelegte Planung: es ist nicht möglich, allein den Kampf gegen die einzelnen Klausuren zu führen, ohne den Willen zu haben, darüberhinaus langfristig zu arbeiten.

Auseinandersetzungen um Fragen der Studienverschärfungen sind auch einfach deshalb wichtig, damit die Studenten lernen, solche Auseinandersetzungen zu führen. Eventuell muß man den Studenten sagen: die Gefahr zu verlieren ist sehr groß, aber läßt es uns wenigstens versuchen, auch damit wir für uns was lernen.

*Was haltet Ihr von der Theorie einer „Neuen Studentengeneration“?*

Vielleicht sollte man sagen, daß es eine andere Generation von Studenten gibt. Es ist nur logisch, daß sich die verstärkte Repression in der BRD irgendwo niederschlägt. Vielleicht sind die Studenten, die heute anfangen, auch nicht viel anders als früher. Anders als vor zehn Jahren — gewiß.

Was die Erfahrungen an den Schulen betrifft, haben die Studienanfänger heute ein anderes Bild vor Augen. Wahrscheinlich kann man sogar sagen, daß die Studentengeneration heute in der Weise politischer ist, als daß sie sich nicht jeden Krampf aufschwätzen läßt. Sie sind nicht mehr bereit, sich für einen Streik einzusetzen, der stattfindet, weil er aus Tradition stattfinden muß.

In vielen Situationen stehen diese Leute auf der Straße und machen mit. Das hat sich hier an vielen Punkten gezeigt.

Bestimmt kann man von einem „neuen Realismus“ sprechen. Viele Diskussionen gehen mehr von den eigenen Problemen aus. Dieser „neue Realismus“ hat nicht nur positive Seiten; er setzt auch die Schwelle weiter auf, wo Widerstand anfängt. Die Risikobereitschaft ist heute sehr viel geringer als früher.

*Manchmal ist die Theorie vom „neuen Sozialisationstypus“ nur ein plumper Legitimationsversuch für die eigene Ratlosigkeit. Richtig ist allerdings, daß heute die Bereitschaft, eine umfassende gesellschaftliche Kritik auf marxistischer Ebene zu erarbeiten und weiterzuverbreiten, gering ist.*

## Bestimmt kann man von einem „neuen Realismus“ sprechen.

Der Ausgangspunkt für heutige Aktionen und Diskussionen ist materieller; Fragen entstehen mehr aus den konkreten Erfahrungen, aus der eigenen Rolle heraus als aus einer allgemeinen Kritik am Ganzen. Aber von diesem Punkt aus kann man durchaus zu einer allgemeineren Auseinandersetzung hinkommen, z.B. über die Frage, welche Funktion man später ausübt und wem sie dient.

Früher konnte man, wenn man an die Uni kam, an Schulungen gar nicht vorbei kommen. Die ganze Bewegung war ein öffentliches Thema, das hat man vor 10 Jahren auch als Schüler mitbekommen.

Es wäre falsch zu sagen, die Studenten haben heute kein Interesse an Schulungen. Vielmehr haben die, die diese Schulungen vermitteln könnten, kein Interesse, ihr Wissen an die Jüngeren weiterzugeben. Diese bleiben dann im Regen stehen, haben als Schulungen nur die Veranstaltungen der Marxistischen Gruppe — und die sind auf die Dauer auch nicht erbaulich. Vielfach wird händeringend nach etwas gesucht, wo man etwas lernen kann, ohne gemäßregelt zu werden. Gesucht wird wirklich nach Möglichkeiten, sich eine marxistische Gesellschaftskritik zu erarbeiten. Einbrüche an dieser Frage sind wesentlich ein Verschulden der Älteren, die an dieser Frage viel versäumt haben.

Fakt ist z.B. heute, daß viele Lehrer ihre blauen Bände im Regal stehen haben, aber ansonsten brave Lehrer sind. Ein politischer Bewußtwerdungsprozeß läuft doch nicht so, daß man sich abstrakt mit den Mehrwerttheorien auseinandersetzt; Kapitalismus ist etwas konkretes, für jeden erfahrbar. Dort liegt ein Ansatzpunkt und Aufgabe ist es, die Leute dazu zu bringen, zu fragen: „Wo stimmt hier etwas nicht und was haben wir besseres dagegenzusetzen?“ Die andere Art der Herangehensweise — Kapital- und Mehrwerterschulung — bedeutet, daß Uni als eine Art Freiraum ohne Repression begriffen wird, in dem abstrakt linkes Gedankengut gelernt werden kann. Im Kampf gegen diese Uni entwickelt sich das Politische. Irgendwann kommen die Fragen nach Ursachen, vielleicht auch mal der Anstoß, Gesellschaftstheorien zu hinterfragen und in die blauen Bände zu schauen. Das muß sich entwickeln, natürlich nicht individuell, sondern in Gruppen.

*Wie steht Ihr zur VDS und zur Basisgruppen-Fraktion?*

Da die undogmatischen Gruppen keine Struktur außerhalb der VDS haben, sind sie darauf angewiesen, weiterhin in den VDS zu arbeiten, die Strukturen der VDS zu nutzen. Gefährlich wäre es, aus den VDS auszusteigen, ohne eigene Strukturen zu haben, um Informationen etc. austauschen zu können.

Die VDS-Mehrheiten geben nicht die wirklichen Mehr-

heiten wieder. Die VDS-dominierenden Verbände versuchen immer, durch Blockung von ASten Mehrheitsentscheidungen in ihrem Sinne herbeizuführen, und sei es auch nur mit einer einzigen Stimme, einen einzigen Sitz im AStA (ASten dürfen auf VDS-Versammlungen grundsätzlich nur einheitlich abstimmen, bei Uneinigkeit im AStA muß sich die Delegation enthalten — Anm. d. Red.) Für uns ist ein Ziel, uns eine Blockung nicht mehr vorschreiben zu lassen und ggf. als Basisgruppe einen Koalitionsast lieber platzen zu lassen, als die Blockierung weiter hinzunehmen. So sollen endlich mal wieder die Mehrheiten zum Tragen kommen, die an den westdeutschen Hochschulen wirklich bestehen.

Eine wesentliche Frage für die Basisgruppen-Fraktion in den VDS ist die nach einer Struktur, die mehr darstellt als nur eine Person, die sich verzweifelt bemüht, den Kontakt weiterhin aufrecht zu erhalten. Und es ist eben ein Manko der BGen, es bisher nicht geschafft zu haben, neben den VDS eine eigene Struktur aufzubauen. Deshalb stellt sich heute nicht die Frage nach einem Abbruch aus den VDS, sondern vielmehr nach dem Wie der Weiterarbeit. Erwägenswert ist der Aufbau eines Basis-Gruppen-Info-Systems, das es ermöglichen würde, eben auch auf dem Wege eines kontinuierlichen Meinungsaustausches einander näher zu kommen — und dem organisierten Rahmen der „gewerkschaftlich-orientierten“ Kräfte etwas entgegen setzen zu können.

## Tübingen

# „Eine abgehobene Guru-Politik gibt es nicht mehr“



*Könntet Ihr zu Anfang beschreiben, wie die Situation hier in Tübingen nach Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft aussieht und wie Ihr versucht weiterhin eine studentische Interessensvertretung aufrechtzuerhalten.*

Frank: Wohl seit 1975, seit dem Ersatzgeldkampf in Tübingen, ist hier hauptsächlich eine reaktive Hochschulpolitik betrieben worden, die nur die Aktiven im AStA getragen haben. Man hat also nur reagiert auf die Ersatzgeldforderung, auf die neue Hochschulgesetzgebung, man hat Riesen-demonstrationen gemacht. Es war eine unheimliche Fixierung auf die Leute im AStA da. Die Leute, die noch aktive Fachschaftspolitik gemacht haben, waren nicht unmittelbar an der zentralen Politik beteiligt. Als dann 1977 der AStA abgeschafft wurde, löste man sofort den AStA auf und wollte den UStA aufbauen. Es waren ausgearbeitete UStA-Satzungen vorhanden. Es gab zwei Vorschläge, einen vom MSB, einen von der LdF, der Liste der Fachschaften, die man als Basisgruppe bezeichnen könnte in Tübingen und die bis dahin den AStA gestellt hat. Die Auseinandersetzung lief um die Frage des Imperativen Mandats der gewählten Organe, um das Wahlverfahren, also Wahl auf Vollversammlungen oder Listenwahl.

Suse: Der Satzungsantrag der LdF wurde auf einer Vollversammlung verabschiedet. Und dann müßte noch eine Urabstimmung durchgeführt werden, ob man jetzt nach dieser Satzung den UStA aufbaut.

*Und warum hat der MSB seinen Vorschlag dort nicht zur Abstimmung gestellt?*

Frank: Der MSB hat dazu aufgerufen, in dieser Urabstimmung mit „Nein“ zu stimmen. GEW und Jusos haben sich praktisch überhaupt nicht beteiligt. Und der Effekt war, daß die Urabstimmung gescheitert ist.

## Die Anzahl der Aktiven in den Fachschaften ist so groß wie kaum zuvor.

Suse: Das notwendige Quorum von 4000 abzugebenden Stimmen wurde nicht erreicht. Das lag aber auch daran, daß innerhalb der Linken, auch innerhalb der Basisgruppen, Uneinigkeit darüber bestand, ob es überhaupt sinnvoll ist, jetzt so schnell den UStA aufzubauen. Ein Teil hat eben gesagt: die Inhalte sind noch gar nicht klar, wir müssen erst mal unsere eigene AStA-Politik hinterfragen und auswerten.

Frank: Danach hat sich ein Großteil der ehemaligen AStA-Leute von der studentischen Tagespolitik zurückgezogen, und dadurch, daß die Fachschaften vorher kaum integriert waren ins tagtägliche „Geschäft“, war dann ein großes Loch da. Es war der allgemeine Frust da – das Scheitern der Urabstimmung, erfolglose Streiks, Prozeßwellen, es war halt der „Schleyer-Herbst“... Bis auf die 1973 gegründete Fachschaftsrate-Vollversammlung ist kein zentrales Organ mehr geblieben.

Die Verfaßte Studentenschaft war abgeschafft. Es gab zwar noch einen „AStA“, wir nennen ihn allerdings KAStrA. Das ist ein Ausschuß vom Großen Senat der Universität, den man periferweise noch AStA genannt hat. Dieser Ausschuß ist rechenschaftspflichtig gegenüber dem Unipräsidenten und hat außer musischen, geistigen und sportlichen Interessen nichts mehr wahrzunehmen.

Und dann kam eine Phase, wo man gesagt hat, wenn es jetzt überhaupt weitergehen soll, dann müssen wir die Fachschaftsarbeit wieder verstärken – mit dem Effekt, daß heute die Anzahl der Aktiven in den Fachschaften so groß ist wie kaum jemals zuvor. Rein qualitativ hat man schon stellenweise schwer Federn gelassen, man hat jetzt wieder „studentennahe Politik“ betrieben. Die Fachschaft Mathematik hat halt wieder Fußball gespielt, die Fachschaftsitzungen waren mehr oder weniger gruppendynamische Großerlebnisse, da war's immer lustig, die Leute haben über tägliche Probleme im Studium geredet, haben wieder mit den Professoren wegen Kleinigkeiten angefangen zu streiten, man hat wieder Vorlesungen kritisiert.... Dadurch ist es gelungen, daß man die Fachschaften vom personellen Bestand her wieder ziemlich mobil gemacht hat.

Innerhalb der Fachschaftsrate-VV wurde gleichzeitig diskutiert, wie wir aus den alten Fehlern lernen und trotzdem wieder ein handlungsfähiges „Gebilde“ herstellen können. Das Resultat dieser Diskussion war dann folgende Struktur der Räte-Vollversammlung:

Von den 24 aktiven Fachschaften entsenden 22 je zwei Delegierte auf die wöchentlich tagende Fachschaftsrate-VV. Es sind dann immer zwischen 35 und 40 abstimmungsrechtlich Delegierte da. Darüberhinaus kann natürlich jeder kommen und auch Anträge stellen. Was in Tübingen inhaltlich abläuft, wird wöchentlich auf dieser Fachschaftsrate-VV beschlossen. Nach der studentischen Vollversammlung ist die Fachschaftsrate-VV das beschlußfassende Organ an der Uni. Wir haben dort verschiedene Ausschüsse gebildet, der wichtigste ist wohl der Geschäftsführende Ausschuß, der nimmt die Aufgaben wahr, die früher mal vom AStA erledigt wurden, also Flugblätter schreiben, Veranstaltungen vorbereiten usw. Dieser Ausschuß wird nach einem rotierenden System von den einzelnen Fachschaften besetzt. Zwei Fachschaften bilden jeweils für zwei bis drei Monate den Ausschuß.

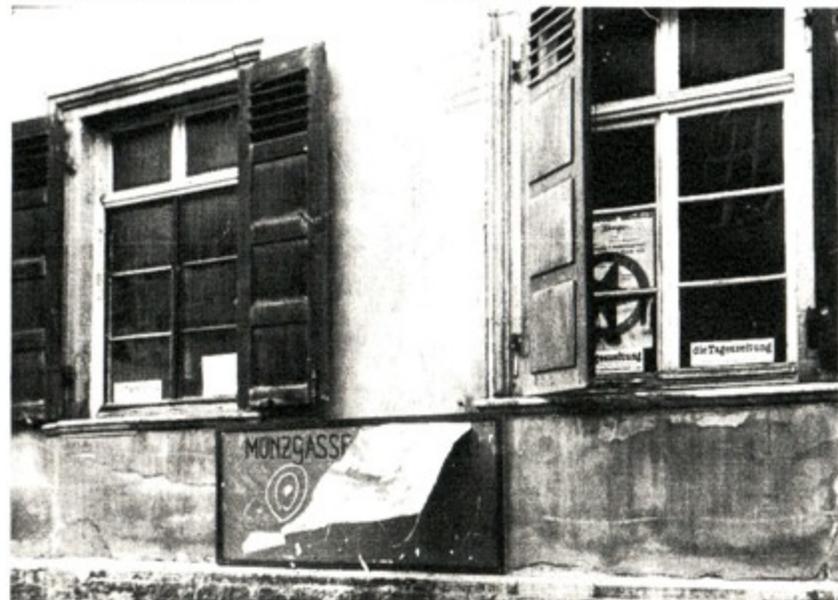
*Hat sich diese Struktur Eurer Meinung nach bewährt?*

Frank: Die Erfahrungen sind durchweg positiv. Dadurch das die Amtszeit des Ausschusses nur 2-3 Monate beträgt und dadurch, daß er wöchentlich Aufgaben zugeteilt bekommt, besteht tatsächlich ein imperatives Mandat. Eine abgehobene „Guru-Politik“ gibt es nicht mehr.

*Entstehen durch den häufigen Wechsel nicht Schwierigkeiten?*

Frank: Es ist trotzdem eine Kontinuität entstanden. Wir bemühen uns, daß immer zwei Leute dabei sind, die Erfahrung haben. Wir machen das nun schon seit zwei Jahren so, und es hat bisher noch nie böses Blut bei der Bestimmung dieses Ausschusses gegeben.

*Ihr habt zwar so ausgeschaltet, daß sich jemand über die „AStA“-Arbeit als „Guru“ profiliert, aber dadurch ist die*



Das „Radikalen-Zentrum“ in Tübingen – ein besetztes altes Haus in der Münzgasse 11. Hier hat die TAZ-Ini ein Dach über dem Kopf gefunden – und wer in Tübingen wissen will, wann was los ist: hier weiß man und frau Bescheid ...

*nicht automatisch eine Verbindung zu den Student/innen an den Fachbereichen....*

Frank: Es gibt vielleicht keine direkte Verbindung zu der Basis an den Fachbereichen, aber wenn jemand etwas durchsetzen will, muß er wöchentlich auf die Räte-VV gehen, von der Räte-VV geht's dann zurück in die Fachschaften und von dort kommt dann ein Beschluß wieder zurück. Es ist also nicht möglich, daß man sich einmal wählen läßt für zwei Semester, und dann macht man eben seine Politik. Wenn z.B. der MSB oder die Basisgruppen Politik machen wollen an der Uni, müssen sie regelmäßig zur Fachschaftsrate-VV kommen und müssen ihre Positionen so vertreten, daß die Delegierten sie wieder in die Fachschaften mit zurücknehmen können.

Die politischen Gruppen machen ihre Politik nicht als AStA, sondern tatsächlich als politische Gruppe, die sich in der Räte-VV um ein möglichst breites Bündnis bemüht...

Aber noch einmal zurück zu den Ausschüssen: Es gibt noch den Kultur-Ausschuß, den Öffentlichkeitsausschuß, einen Ausländerausschuß, das Justizkomitee, einen Anfängerarbeitskreis...

*...auch einen Frauenausschuß?*

Suse: Es gibt sehr viele Frauengruppen, aber an der Hochschule gibt es keine zentrale Koordination.

Frank: In den Ausschüssen kann jeder mitarbeiten, sie werden von der Räte-VV kontrolliert.

*Wie finanziert die Fachschaftsrate-VV ihre Arbeit?*

Frank: Wir haben einen „Kasse e.V.“ gegründet und machen jedes Semester Beitragskampagnen. Das läuft ganz gut. Es zahlen immer ungefähr 1000 Studenten von den 20.000, das sind 10.000 Mark im Jahr.

Da wir keine Personalkosten und keine Kosten im Dienstleistungs-, Servicebereich haben wie ein AStA, kommen wir ganz gut aus. Zusätzlich bekommen wir noch Geld über Kulturveranstaltungen, wir sammeln dort, machen Getränkeverkauf. Wir können auch andere Projekte und Initiativen, die sich an uns wenden, unterstützen.

*Und wie ist Euer Verhältnis zum KAStrA?*

Suse: Da gab es lange Diskussionen, ob man ihn boykottiert oder lahmlegt oder mitmacht. Schließlich hat sich eine linke Einheitsliste gebildet, die LAUS, Liste zum Aufbau einer unabhängigen Studentenschaft, welche auch vier Sitze von sieben erhalten hat.

*Wer hat sich an dieser Liste beteiligt?*

Suse: Jusos, GEW, KSV...

Frank: ... die KSG hat boykottiert, der MSB hat selbst eine Liste aufgestellt, der ganze Rest hat die Liste von der Fachschaftsrate-VV unterstützt. Wichtig für Tübinger Verhältnisse war v.a., daß die Jusos und die GEW die LAUS unterstützen haben.

Suse: Die LAUS hatte den Anspruch, in den KAStrA reinzugehen, um ihn für die Interessen der Räte-VV zu nutzen. Mit einigem Aufwand ist dies auch recht gut gelungen.

Frank: Wir haben den KAStrA instrumentalisiert. Obwohl der KAStrA eigentlich arbeitet, merkt kein Student, daß es überhaupt noch gibt. Jedem Student ist klar, wenn etwas an der Hochschule passiert, dann geht das von der Räte-VV aus und nicht vom KAStrA.

Suse: Zu Anfang hat die Diskussion um den KAStrA die Räte-VV ziemlich lahmgelegt, wir haben uns permanent darum gestritten, ob wir nun mitmachen oder nicht. Aber das ist inzwischen überwunden.



*Was halten Sie denn von der Ankündigung der Landesregierung, das AStA-Modell doch wieder zu ändern?*

Frank: Das berührt auch unseren ewigen Streit mit dem MSB-Spartakus, der ja seine Novellierungsstrategie verfolgt, sich also hier für eine Wiedereinführung der Verfaßten Studentenschaft einsetzt, während wir davon ausgehen, daß das alles illusorisch ist. Wenn wieder ein AStA eingeführt werden sollte, wird er auf jeden Fall so gegelgt sein, daß er für uns nicht akzeptabel ist. In Tübingen wird sich, selbst wenn die Verfaßte Studentenschaft wieder eingeführt würde, wahrscheinlich an der Struktur der Studentenpolitik nichts ändern. Die Räte-VV wird wohl das wesentliche Organ bleiben und nicht der AStA. Ich glaube sowieso nicht, daß es in Baden-Württemberg zu einer Wiedereinführung des AStA kommt, und wenn, dann in so verstellter Form, daß es sowieso von vornherein lächerlich ist.

*Könnt ihr etwas sagen zu den inhaltlichen Schwerpunkten an der Uni hier, insbesondere zu hochschulpolitischen Fragen?*

# die Tageszeitung

Montag, 24. 10. 81 207/25 Wkt. Jährg. 3 DM 1,- Sonder Nr. 2/81

Postfachvertrieb, GutsMuths-Verlag, Postfach 10155, D-2734 B

## die taz ist unentbehrlich.

Anzeige



...für den Haushalt



...für den Verfassungsschutz



...für Augenärzte

... für mich

111-Wochen Probeabo 01630  
DM 1,-/Stk. Nachbestellung

Name, Vorname:

Strasse:

PLZ, Ort:

die Tageszeitung

Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65

Abt.: Probeabo

Frank: Es hat z.B. eine sehr gute antifaschistische Ringvorlesung gegeben, Podiumsdiskussion, Vortragsreihe mit allem, was in der BRD „Rang und Namen“ hat, z.B. Brückner, Cobler, Agnoll.

Dann macht das Sozialist. Zentrum eine Veranstaltung zu den Grünen; dann hat sich dieses Semester eine Initiative „Rock gegen Rechts“ gegründet.

Wir haben schon x-mal versucht, Arbeitskreise o.ä. zum Thema Studienreform einzurichten, aber da war meist weder Wille noch das Bedürfnis da, sich mit Studienreform auseinanderzusetzen. Es gibt da nur vereinzelte Ansätze.

Susa: Ich hab schon den Eindruck, daß sich einzelne Fachschaften inzwischen wieder mehr um diese Fragen kümmern, z.B. an der Fachschaft Philosophie da mischt man wieder in Berufungssachen mit. Auch in die Gremienpolitik steigen wohl einzelne Fachschaften wieder ein. Aber letzteres seh ich gar nicht als so bedeutend an.

Frank: Also, das Dilemma der Fachschaftsarbeit ist, das sie unheimlich erfolgreich ist. Im Fachschaftsrat Mathematik sitzen z.B. 25 Leute. Die Fachschaft Mathematik gibt ein wöchentliches Flugblatt heraus, da sind unheimlich viele lustige Sachen drauf, unheimlich viele fachspezifische Sachen und unheimlich viele Leute haben daran Gefallen gefunden, daß sie selber ein Flugblatt machen können. Dann macht die Fachschaft zwei mal im Semester ein Wochenende, das spricht sich halt rum, daß es dort immer lustig ist. Fachschaftsarbeit läuft da primär über persönliche Kontakte. Dahinter steht so ein ganz diffuses Gefühl, daß man sich irgendwie ja schon wehren müßte. Das sind keine Linken, die da mitmachen, das sind keine Rechten, das sind halt die typischen Studenten '79.

Was sind denn die „typischen Studenten '79“?

Frank: Früher kamen scharenweise politisierte Leute an die Uni, z.Z. gibt's das nicht mehr.

Fachschaftsarbeit heute beschäftigt sich wieder mit Vorlesungskritik, die Leute haben auch mal wieder Vorlesungen gepregelt. Bei dem, was so tagtäglich im Umfeld passiert, sind sie leidenschaftlich dabei. Man macht halt Politik, die aus dem tagtäglichen Ärger erwächst. Und das ist irgendwie auch das Dilemma... Allgemeinpolitische Sachen kann man nur mit viel Fingerspitzengefühl dort einbringen. Und das ist das große Problem, die Aufgabe jeder politischen Gruppe, daß sie lernen muß, sich mit der veränderten Studentengeneration anzufreunden.

M.E. ist der Versuch, den das „Undogmatische Plenum“, also die Basisgruppe hier, macht, ganz gut gelungen. Zum einen arbeitet sie sehr intensiv in der Räte-VV mit, zum ande-



ren bringt sie allgemeinpolitische Fragen sehr gut vorbereitet und vorsichtig dort ein. Zum Beispiel ist insbesondere die Fachismuskritik u.a. über die Ringvorlesung ganz gut gelaufen.

Kannst Du noch etwas mehr zum „neuen Studenten“ sagen?

Frank: Mein Eindruck ist, daß heute sehr wenig Leute aus der Schule kommen, die in der Lage sind, einen politischen Standpunkt zu beziehen. Sie haben oft keinen politischen Standort, sondern sind irgendwie aus gefühlmäßigen Gründen einfach dagegen. Das würde ich vielleicht unter dem „neuen Studententypus“ verstehen. Es fragt sich natürlich, inwieweit nicht Ihre Haltung eigentlich schon wieder einen politischen Standpunkt darstellt.

Beschreibst Du bitte noch mal das politische Kräfteverhältnis hier an der Uni, unter Einbezug der Rechten und auch des MSB?

Frank: Als noch Wahlen zum AstA durchgeführt wurden, gab es im Studentenparlament praktisch zwei große Blöcke: einen Rechtsblock bestehend aus dem RCDS, SLH und dem faschistischen HTS, dann gab es immer in einer „Außenreiterposition“ den MSB (mit 2 - höchstens 4% der Stimmen) und einen weiteren Block bestehend aus der Liste der Fachschaften und den Juso-Hochschulgruppen. Die Juso-Hochschulgruppen waren aber kaum mehr als „Papiertiger“. Vor Wahlen sind sie aufgetaucht und haben mit einem Satz 20% der Stimmen erhalten, waren aber inhaltlich und personell immer so schwach, daß sie kaum praktische Politik machen konnten. Sie standen aber in Tübingen m.E. den Basisgruppen näher als dem MSB.



Ein Möbelgeschäft ist der Sanierung zum Opfer gefallen...

Die Basisgruppe in Tübingen ist hervorgegangen aus der Liste der Fachschaften die sich gebildet hat, weil sie das über Listenwahl zustandgekommene Studentenparlament nicht anerkennen wollte, sondern nur die Beschlüsse einer Fachschaftenvollversammlung.

Jusos und die LdF haben immer mehrheitlich den AStA gestellt. Die Rechten hatten bis zur Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft zusammen an die 40% der Stimmen. Der HTS hat mal 15% gehabt, der RCDS schwankt immer zwischen 16 und 25%, der SLH zwischen 5 und 15%. Für Baden Württemberg ist das relativ „wenig“. Bei der ersten KAStra-Wahl war der Rechtsblock ziemlich stark, um die 50%. Er hat dann sogar den KAStra gestellt, weil die erste linke Einheitsliste sich entschlossen hatte, ihn zu boykottieren. Sie hat sich zwar in den KAStra wählen lassen, ist aber nicht reingegangen. Nach zwei Monaten hat der Präsident die Rechten als „AStA“ eingesetzt. Daraufhin hat die Fachschaftsliste dann doch ihre strikte Boykottlinie aufgegeben, weil es zumindest sehr lästig war, daß die Rechten in der Studentenschaft immer vermittelt haben, es gebe doch einen offiziellen AStA und die Linken ständig gezwungen waren, darauf zu reagieren. Es wurde bei der nächsten Wahl ein sehr intensiver Wahlkampf geführt mit dem Ergebnis, daß die Rechten von ihren 50% auf 35% abgerutscht sind, die linke Einheitsliste hat 55% erhalten und der MSB hat unter dem Namen „Liste für den Aufbau einer Verfaßten Studentenschaft“ 9% der Stimmen erhalten. Inzwischen gibt es auf der rechten Seite fast nur noch den RCDS, der SLH hat sich aufgelöst. Der MSB hat sich auch vollkommen aus der studentischen Tagespolitik zurückgezogen. Die Gruppen, die heute noch aktive Politik machen, kommen

fast alle aus dem sogenannten undogmatischen Spektrum, also das „Undogmatische Plenum“, das „Sozialistische Zentrum“, die KSG und die GEW.

*Kannst Du zum Schluß noch etwas über Eure Stellung zum VDS und zur bundesweiten Basisgruppenfraktion sagen?*

**Frank:** Ich kann da nur den Diskussionsverlauf innerhalb der Fachschaftsrate-VV wiedergeben. Die auf dem Basisgruppenseminar vor der VDS-MV beschlossene Erklärung gemeint ist die Erklärung, die der VDS eine Stellungnahme

gegen alle etablierten Parteien aberlangt, andernfalls einen Auszug der BG-Fraktion androht – Anm. Red.) mußte auch auf der Räte-VV verabschiedet werden. Und das ging komischerweise ganz problemlos, ein einstimmiger Beschluß bei drei Enthaltungen. Ich interpretiere das so, daß den Leuten eigentlich die VDS ganz egal sind. Inhaltlich ist die VDS für uns nicht wichtig; wichtig ist sie für uns politisch, insofern als es für die Räte-VV notwendig ist von der VDS als Vertretungsorgan anerkannt zu werden.

*Erhält die Fachschaftsrate-VV von der VDS Unterstützung?*

**Frank:** Nein, im Gegenteil. Bis zur letzten VDS-MV sind wir nicht einmal als legitimes Vertretungsorgan anerkannt worden. Dem von den Basisgruppen vorgeschlagenen Modell, den unabhängigen Studentenschaften in Baden-Württemberg eine Unterstützung von 10 Pfennig pro Student im Semester zukommen zu lassen, hat die VDS bisher nicht zugestimmt.



Stimmverhältnisse sind in den letzten Jahren immer ziemlich gleich geblieben. Ausschlaggebend war wohl der Entschluß einer gemeinsamen Kandidatur der Linken.

Es gab im letzten Jahr längere Diskussionen unter den Unorganisierten aus den Fachschaftsgruppen wegen des KBW, der hier immer noch ziemlich stark ist und aufgrund eines Unvereinbarkeitsbeschlusses der Jusos nicht auf einer gemeinsamen linken Liste mitkandidieren konnte. Daraufhin ist es zu einer Spaltung gekommen – auf der einen Seite die Leute, die grundsätzlich der Meinung waren, man solle mit dem KBW zusammenarbeiten und auf der anderen Seite die Basisliste, die diese Position abgelehnt hat. Aus dieser Basisliste ist in diesem Jahr die basisorientierte Fraktion im AStA entstanden. Aufgrund der vorherigen Querelen ist diese Gruppe ziemlich zusammengeschumpft; von Gruppe kann man eigentlich gar nicht reden, die Politik wird im Grunde genommen von einzelnen Leuten getragen.

**Matthias:** Ich kann ja noch etwas zu meinem persönlichen Werdegang erzählen. Ich bin etwas jünger, habe vor zwei Jahren angefangen zu studieren, als noch ein Juso-AStA existierte. Die Fachschaftsgruppen waren damals noch ziemlich stark, aber schlagartig verschlechterte sich die Situation, die Aktivitäten sind weitestgehend eingeschlefen. Ich selbst habe mich dann auch erst einmal zurückgezogen, bin zwei Jahre durch die Lande getrampt. Ein neuer Anstoß für mich war die Initiative einiger „alter Herren“ aus den Fachschaftsgruppen, die zusammen eine Zeitung machen wollten. Ansonsten bin ich auch noch in Initiativen außerhalb der Uni aktiv.

**Rüdiger:** Eines unserer Ziele ist, an der Uni wieder eine Basisgruppe aufzubauen, die längerfristig die Politik tragen kann, die dann auch Koalitionen mit den Jusos eingehen kann. Denn meiner Einschätzung nach kann man hier ohne die Jungsozialisten nicht in den AStA kommen, weil die Rechten einfach zu stark sind. Im Augenblick wirkte es sich sehr nachteilig aus, daß wir keine funktionierende Basisgruppe haben, in der anstehende politische Fragen vernünftig diskutiert werden können.

*Wie läuft denn die Zusammenarbeit mit den Jusos?*

**Matthias:** Wir haben uns gegenseitig blockiert. Das sind zwar ganz liebe, nette Menschen, aber manchmal müssen sie gegen ihre eigene Meinung handeln, weil sei Druck bekommen von ihrer Basis. Dann werfen sie überraschenderweise Beschlüsse des AStA wieder um.

**Rüdiger:** Die Jusos haben sich in den zwei Jahren, wo sie die AStA-Arbeit gemacht haben, total aufgegeben. Eine ganz junge Gruppe und dann gleich rein in den AStA ... Das hat dazu geführt, daß sie die letzten zwei Jahre nicht in der Lage waren, zu kandidieren. Auch dieses Mal mußten sie sehr nach Leuten suchen, die kandidieren konnten.

**Matthias:** Wahrscheinlich hätten sie gar nicht mit uns auf einer Liste kandidiert, wenn sie selbst genügend Kräfte gehabt hätten, die Arbeit zu tragen.

*Ich selbst habe mich auch erst einmal zurückgezogen ...*

**Rüdiger:** Man kann wohl sagen, daß die Jusos hier insgesamt ziemlich rechts sind. Z.B. hat einer vorgeschlagen, eine Veranstaltung zum Rechtsextremismus zu machen und wollte dazu einen Faschisten, den Inhaber des „Sturmwind-Ladens“, einladen.

Doch das haben dann sogar die Jusos abgelehnt. Daraufhin wollte er dann den Verfassungsschutz und Stoltenberg einladen. Wir haben im AStA ziemlich lange über Veranstaltungen in diesem Jahr diskutiert. Wir haben diverse Vorstellungen: eine Veranstaltung mit Peter Brückner, über die Grünen, zu Brokdorf ... Nach realistischen Kräfteeinschätzung mußten wir allerdings zu dem Ergebnis kommen, daß wir nur in der Lage sein werden, vier größere Veranstaltungen in diesem Semester zu organisieren, zwei machen die

## „Ausschlaggebend für den Wahlgewinn war die Gemeinsamkeit der Linken“

**Matthias:** Wir arbeiten im AStA der Kieler Uni mit. Sechs Jahre lang wurde der AStA von den „Roten Zellen“ gestellt, die die Uni ziemlich ausgepowert haben durch einen ständigen Kampf gegen alles und jeden. Danach dann zwei Jahre ein Juso-AStA; zu der Zeit gab es keine Basisgruppen. Und dann die letzten zwei Jahre ein rechter AStA, getragen von RCDS und den „Studenten für das Grundgesetz“, die zum Teil von Burschenschaftlern besetzt sind, sich aber trotzdem die „einzigen Liberalen“ an der Uni nennen.

**Rüdiger:** Während dieser Zeit ist sehr viel an linken Strukturen hier kaputtgegangen, Diskussionsstrukturen, Zeitungen usw. Sehr viele Linke sind aus der Uni raus in Bürgerinitiativen und andere Gruppen außerhalb der Uni gegangen. Auch ich habe mich zum Beispiel aus der Unipolitik zurückgezogen und beim „Mabuse“ einer Medizinerzeitung mitgearbeitet.

Zur letzten Wahl hatten sich einige Leute, die sich zur undogmatischen Linken zählen, zusammengefunden und gemeinsam mit den Jusos kandidiert, um in den AStA zu kommen. Daß sie den AStA auch gekommen haben, war eigentlich kein richtiger Wahlsieg für die Linken, denn die



## Wir suchen nach Möglichkeiten politische Stellungnahmen abzugeben, ohne verurteilt zu werden.

Jusos und zwei wir, und zwar eine über Frauen im Widerstand gegen den Faschismus und eine zu den Grünen.

Ansonsten schreiben wir viele Artikel im Asta-Info. Insgesamt reagieren wir auf sehr viele Dinge, die von anderen an uns herangetragen werden. Geplant ist noch eine riesige Demonstration, die Ende des Sommersemesters laufen soll. Es soll eine landesweite Demonstration gegen die schlechten Ausbildungsbedingungen werden, auch in Zusammenarbeit mit den Schülern. Mal sehen, ob's was wird ...

Warum ist es Eurer Einschätzung nach dem RCDS gelungen, in den Asta zu kommen?

**Matthias:** Eigentlich hat der RCDS kaum Aktivisten. In den Asta gekommen sind sie hauptsächlich aufgrund der Zersplitterung der linken Kräfte. Wir haben zeitweise Wahlen gehabt, bei denen fünf verschiedene linke Listen aufgetreten sind – gegen eine geblockte rechte Liste.

Der RCDS alleine wäre nie an den Asta ran gekommen; aber die „Studenten für das Grundgesetz“ haben ja immer noch das „liberale“ Image. Ein weiteres hat das Mehrheitswahlrecht dazu beitragen, welches den Rechten den Asta zugeschrieben hat, obwohl sie nur ein Drittel der Stimmen hatten.

**Rüdiger:** Ganz so würde ich das nicht sehen, die RCDSler haben in der letzten Zeit schon neue Leute gewonnen. Ihre Politik bestand im wesentlichen darin, daß sie im Asta Serviceleistungen angeboten und verhindert haben, daß politische Fragen diskutiert werden. Die Rechten haben es damit wirklich geschafft, an der Uni einen Winterschlaf einzuführen.

Früher hat der RCDS häufiger denunziert und Ordnungsverfahren angestrengt.

**Matthias:** Letztens sind erst Prozesse gelaufen, weil der Uni-Präsident Kaltefleiter mal in der Mensa einen Quarktopf an den Kopf bekommen hatte und weil Leisler-Kiep von 700 Leuten ausgepöfeln worden ist. Der RCDS hatte eine Serie „Demokratischer Dialog“ initiiert, wozu Leute wie Carstens und Leisler-Kiep eingeladen waren. Da wurden natürlich organisiert Trillerpfeifen eingesetzt. Vier bis fünf Studenten wurden dann herausgegriffen und vom RCDS vor Gericht gezerrt.

**Rüdiger:** Die Politik des RCDS hat immer noch Einfluß auf unser Handeln. Anfangs haben wir es nicht gewagt, das politische Mandat wahrzunehmen; Artikel zu außeruniversitären Ereignissen haben wir immer mit einem Hochschulbezug versehen. Inzwischen nehmen wir das politische Mandat offensiv wahr. So hat der Asta z.B. zu einer Anti-Kriegs-Demo am 8. Mai aufgerufen; wir informieren auch ausführlich über die Besetzung in Gorleben.

Vor zwei Jahren ist der ehemalige Juso-Asta aufgrund von Chile-Artikeln im Asta-Info verknackt worden. Die Urteilsbegründung lautet meist, es seien studentische Gelder veruntreut worden.

Wir suchen nach Möglichkeiten, als Asta zu politischen Ereignissen Stellung zu nehmen, ohne deswegen verurteilt

werden zu können. Es wäre denkbar, daß nicht der Asta, sondern die im Asta vertretenen Fraktionen zum Beispiel zu einer Demo aufrufen. Wir überlegen gerade, ob es sinnvoll wäre, ein Info herauszugeben, welches über Spenden finanziert wird und von „Antiautoritären Studentischen Aktivisten“ herausgegeben wird. Den Namen „Asta-Info“ könnte diese Zeitung also weitertragen. Zu beachten ist, daß den Studenten diese Vorgehensweise vermittelt wird; dann kann möglicherweise auch eine Politisierung erreicht werden. Ein solcher Weg ist dann gerechtfertigt, wenn durch Strafmaßnahmen die Wahrnehmung des politischen Mandats völlig unmöglich werden sollte.

Wir haben vor, an einem Punkt das politische Mandat exemplarisch wahrzunehmen und daran dann auch die Auseinandersetzung zu suchen. Doch so ein Vorgehen blockieren die Jusos ab. Sie argumentieren, wir seien zu schwach, eine derartige Auseinandersetzung durchzusetzen. Da sind wir allerdings anderer Meinung, wollen es doch erst einmal daraufankommen lassen, wie sich das Klima so entwickelt, wie die Vollversammlungen besucht sind usw.

Und wie sieht es hier an der Uni mit Aktivitäten in Bezug auf Studienbedingungen aus, seitens des Asta und der Fachbereiche?

**Matthias:** Da läuft eigentlich nicht viel ...

**Rüdiger:** Wir sind der Meinung, daß es darum geht, die Kieler Initiativen über den Asta zu unterstützen. Was Aktivitäten zu den Studienbedingungen angeht, ist hier inzwischen eine ziemliche Resignation eingetreten. Ich selbst habe mich früher auch häufig gegen Studienverschärfungen eingesetzt, aber all diese Auseinandersetzungen haben keinerlei Erfolg eingebracht. Deswegen habe ich heute noch Schwierigkeiten, mich auf diese Frage einzulassen. Auf der anderen Seite beschäftige ich mich als Medizinstudent schon mit Themen wie Psychiatrie, kritisiere in Vorlesungen den Stoff, der dort gelehrt wird. Eine gewisse Art von Wissenschaftskritik finde ich schon sehr wünschenswert.

**Matthias:** Mich interessiert das überhaupt nicht....Für mich ist die Uni überhaupt nicht das „Gelbe vom Ei“. Ich seh auch den Asta mehr als Melkkuh, will das Geld und die Möglichkeiten, die so ein Asta bietet, nutzen, um etwas anderes aufzuziehen, weil ich nicht mehr davon ausgehe, daß man die Hochschulen noch stürmen kann.

**Rüdiger:** Wir können diese Frage wohl schlecht beantworten, weil sie uns im Augenblick weniger interessiert. Uns geht es mehr darum, eine Unterstützung für Initiativen, Demonstrationen usw. durchzusetzen.

Und wie sieht das an den Fachbereichen, in den Fachschaftsräten aus?

**Rüdiger:** Das ist unterschiedlich, aber insgesamt läuft da in dieser Richtung wohl etwas mehr. Vieles geht dabei etwas raus aus der Uni, zum Beispiel am Jura-Fachbereich die Zusammenarbeit mit der Gefangenen Selbsthilfe oder Veranstaltungen zu den Grohndeprozessen, am Bio-Fachbereich laufen dann Aktivitäten zu AKW- und Ökologie-Fragen.

Wie sieht das Kräfteverhältnis hier an der Uni denn insgesamt aus?

**Rüdiger:** Die Wahlergebnisse sehen so aus, daß die Jusos im letzten Jahr 3500 Stimmen bekommen haben, die Rechten hatten zusammen 2400, die Basisliste hatte 1800 Stimmen, 800-1000 eine KBW-orientierte Fachschaftsgruppenliste und der MSB um die 200 Stimmen.

Das sagt allerdings wenig über das konkrete Kräfteverhältnis aus. Der KBW ist nach wie vor in einigen Fachschaftsgruppen ziemlich stark vertreten, der MSB auch in zunehmenden Maße, die Jusos machen gar nicht viel, sie existieren eben, wenn sie sich zur Wahl stellen.

Da gibt es die bekannte „Mehlsack-Theorie“. Wenn man einen Mehlsack zur Wahl stellen und „Juso“ draufschreiben würde, würde der auch die 3000 Stimmen erhalten. Und bei den Basisgruppen ist das eben etwas im Fluß...

Arbeitet Ihr in den VDS oder in der bundesweiten Basisgruppenfraktion mit?

**Rüdiger:** Eine bundesweite Zusammenarbeit der Basisgruppen müßte man unbedingt ausbauen, gerade hier in Schleswig-Holstein kommen nicht selten Leute in die Asta, die noch weniger Erfahrungen haben als wir. Da ist es schon wichtig, sich gegenseitig Erfahrungen zu vermitteln und Anregungen zu geben. Ich würde es auch gut finden, wenn die

verschiedenen Basisgruppen mit der Zeit zu einheitlichen Positionen finden könnten.

Vor einiger Zeit hat es ein Treffen der Basisgruppen im nördlichen Raum gegeben, ungefähr neun Asta waren anwesend. Dort haben wir über unsere Positionen zu den VDS diskutiert, über das anstehende Studentenfestival gesprochen und erstmal gegenseitig Erfahrungen ausgetauscht. In der nächsten Zeit wollen wir uns zu Internationalismusfragen Positionen erarbeiten, zur Wahlfrage und zum politischen Mandat. Es war eigentlich ein ganz gutes Seminar, während auf dem Bundestreffen immer ein gegenseitiges Hickhack vorherrschend ist.

Wir wollen einen Rundbrief für die nördliche Region einrichten und uns ungefähr sechs mal im Jahr treffen.

Der RCDS hat ja durch eine Klage daraufhin gewirkt, daß der Kieler Asta nicht mehr in der VDS vertreten sein darf. Wir wollen versuchen, wieder in die VDS einzutreten. Ansonsten teilen wir die Basisgruppenposition, daß die VDS im Grunde genommen ein Wasserkopf ist und das wir versuchen sollten, in einigen Projektbereichen eine vernünftige Arbeit zu unterstützen.

## Hamburg

### Ein großes Problem: Fehlende Zusammenarbeit der Linken



Ein Interview mit uns selbst haben wir natürlich nicht gemacht, dennoch wollen wir einen kurzen Einblick in die Hamburger „Uni-Szene“ geben.

Das Vorgehen des Hamburger Senats gegenüber der Studentenschaft kann man als Paradebeispiel sozialdemokratischer Verarschung bezeichnen. Wissenschaftssenator Sinn zeigt sich allzeitbereit zum „demokratischen Dialog“, hat stets „Verständnis“ für unsere Probleme und begrüßt uns zu Semesteranfang mit einem freundlichen Briefchen, welches seine neuesten Schweinereien in liebevolle Worte kleidet. Beschließt die Studentenschaft trotz dieser Freundlichkeiten einen Streik, wird kurzerhand Polizei an die Uni geschickt – grüne Uniformen sind aus einem Streikbild hier kaum noch wegzudenken. Während die Zwangsexmatrikulation abgeschafft wird, enthält derselbe Entwurf gleich eine Verschärfung der Zwischenprüfungsregelungen.

Die Situation an der Hamburger Uni unterscheidet sich ziemlich von anderen, die in den vorangegangenen Interviews dargestellt wurden. Das dürfte nicht zuletzt daran liegen, daß schon seit Jahren der AstA von einem sogenannten gewerkschaftlich-orientierten Bündnis („GO“) aus Jusos, MSB und SHB gestellt wird, welche aufgrund eines äußerst merkwürdigen Wahlrechtes mit 54% der Stimmen 75% der Sitze im Studentenparlament okkupieren können.

Die Zusammenarbeit zwischen AstA und Wissenschaftssenator ist nicht die schlechteste. Jedes Semester wird ein gemeinsames „Teach-In“ veranstaltet, zu dem nicht nur der

## Noch eine Fuhr vom gleichen alten Mist lehnen wir dankend ab.

AstA, sondern auch das Uni-Präsidium und der Senator Flugblätter verbreiten. In „GO“-Sprache heißt das dann: Auf den Senator wurde Druck ausgeübt, sich der Studentenschaft zu stellen. Der Dank des Senators für die Organisation dieser Wahl-Shows ist bisher ausgeblieben. Vor einem Jahr handelte der AstA – ohne jegliche Diskussion in der Studentenschaft – mit der Behörde ein Abkommen aus, in welchem er u.a. verspricht, „gesetzliche Bestimmungen strikt zu beachten.“

Angesichts dieses Kräfteverhältnisses ist es kein Wunder, daß studentische Aktivitäten nicht selten bestimmt sind durch die bundesweiten Streiktage und Aktionswochen, die allsemitig vom MSB und den VDS angeleitet werden. Immer wieder werden diese „großen Massenaktionen“ auf die Tagesordnung gesetzt, völlig unabhängig von den aktuellen Bedingungen vor Ort. Widerstand gegen aktuelle Angriffe wird – selbst wenn eine breite Bereitschaft vorhanden ist – auf Sparflamme gekocht, um die Energie für die geplante bundesweite Aktion „aufzuheben“. So hat sich die „Gewerkschaftliche Orientierung“ massiv gegen einen Warnstreik anlässlich der Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft in Baden-Württemberg gewehrt, weil ja noch eine große Aktion bevorsteht. Im letzten Semester sollte die recht breite Empörung gegen die Zusammenarbeit von Univerwaltung und Verfassungsschutz einige Wochen eingefroren werden bis zum geplanten Lehrerstreik. Der Erfolg: die Beteiligung an einem Streik war kaum jemals geringer als im letzten Semester.

Der Unmut und die Kritik an der bundesweiten VDS-Aktionen ist lauter geworden, doch hat die Diskussion darum bisher nicht zu einem positiven Ergebnis geführt. Auf der einen Seite hat es die Linke nicht geschafft, diese Auseinandersetzung zu intensivieren und zusammenzufassen, auf

der anderen Seite hat die „Gewerkschaftliche Orientierung“ die Kritik einfach damit beantwortet, daß man halt noch mehr mobilisieren und aufklären müsse. Noch eine Fuhr mehr vom gleichen alten Mist lehnen wir dankend ab!

Zwar läßt sich die Ursache, für die weitgehende Ruhe, die heute an der Hamburger Uni eingekehrt ist, nicht in der Politik von MSB, Jusos und SHB finden, doch haben diese Organisationen mit ihrer Politik dazu einen beträchtlichen Beitrag geleistet. Denn daß auch unter den heutigen Bedingungen eine breitere Mobilisierung erreichbar ist, hat sich im letzten Semester an einigen Punkten erwiesen.

Nachdem die Bespitzelung der Hamburger Studentenschaft bekannt geworden ist, sind 3.000 Kommilitoninnen und Kommilitonen zur Uni-Vollversammlung gekommen, fast 1.000 haben anfänglich an einer Besetzung des Verwaltungsgebüdes teilgenommen. Sehr viele Studenten und Studentinnen beteiligen sich seit Semesteranfang an den Aktionen zur Verteidigung des „Sozialpädagogischen Zusatzstudiums“ – ein Institut mit demokratischer Struktur und fortschrittlichen Lehrinhalten, welches wegen eines dieser Vorzüge gänzlich abgeschafft werden soll. Die Psychologen haben es das gesamte Wintersemester boykottiert, an ihren Vollversammlungen hat sich ungefähr die Hälfte der eingeschriebenen Psych-Studentinnen und -Studenten beteiligt. Die materielle Ausstattung ihres Bereiches ist demnach schlecht, daß für viele in Frage steht, ob sie jemals einen Abschluß machen können. Zumindest einige Zugeständnisse konnten durch den Boykott erreicht werden.

Gerade am Psych-Bereich hat sich gezeigt, welche positiven Auswirkungen es hat, wenn sich die „Aktivisten“ nicht nur für stur am grünen VDS-Tisch beschlossene Aktionen stark machen, sondern sich bemühen, möglichst viele in den Diskussions- und Entscheidungsprozesse gleichberechtigt einzubeziehen, und das Vorgehen von den konkreten Bedingungen und nicht von VDS-Profilierungsbestrebungen abhängig gemacht wird.

Der größte Mangel hier ist wohl, daß es die Linken (von der „GO“ unabhängigen Gruppen) bisher nicht geschafft haben, gemeinsam eine eigenständige Politik zu entwickeln. Es bleibt heute – mit wenigen Ausnahmen – nur noch der SSB, der zentral in die Politik an der Hamburger Uni eingreift. Ein Ansatz, eine Koordinierung der linken Gruppen und Initiativen herzustellen war die Linke Liste, die 1977 zum Zwecke einer gemeinsamen Kandidatur zu den StuPa Wahlen aufgebaut wurde. Doch mußte sie den Anspruch, ein Bündnisorgan zu sein, inzwischen aufgeben, da sich nurmehr Einzelpersonen, aber kaum noch Initiativen aktiv für ihren Aufbau einsetzen. Einige Gruppen haben sich aufgelöst, andere waren zu sehr mit eigenen (Fachbereichs-) Problemen beschäftigt, um noch in der zentralen Politik mitzumischen. Einen wesentlichen Anteil an dem fallenden Interesse hatte auch die Erfahrung, daß aufgrund der Machtpolitik der „Gewerkschaftlichen Orientierung“ im Studentenparlament politische Vorstellungen der Linken Liste kaum durchgesetzt werden konnten. Offene Debatten finden dort nicht statt, das Studentenparlament hat keinerlei Bezug zur Studentenschaft. So erscheint den meisten der Sinn einer Beteiligung an der StuPa-Wahlen und -Arbeit zweifelhaft.

Auf Vorschlag der Linken Liste hat sich in den letzten Wochen eine recht erfolgversprechende Initiative zur Gründung einer linken Zeitung entwickelt. Sie will versuchen, kontinuierlich über Angriffe der Hochschulbürokratie, über die Arbeit studentischer Initiativen und ein Forum zu schaffen, wo Probleme linker Politik unter heutigen Bedingungen öffentlich diskutiert werden können.

SSB/Hamburg



...der Klarheit und der Wahrheit wegen!

Widerstand gegen Erpressung von Gruhl & Co. S. 8-9

# Arbeiterkampf

1978

Die ARBEITERKAMPF ist die zentrale politische Zeitung des Kommunistischen Bundes. Diese Zeitung sollte lesen, wer

- in Betrieb und Gewerkschaft für die Interessen der Arbeiter und Angestellten kämpft,
- in Schule und Universitäten gegen „Spar“-politik und politische Unterdrückung Widerstand leistet,
- mit Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerika solidarisch verbunden ist,
- und als Linker ständig darüber informiert sein will, was die Rechte tut.

Der ARBEITERKAMPF ist die zentrale politische Zeitung des Kommunistischen Bundes. Diese Zeitung sollte lesen, wer

**Südkorea: Volksaufstand niedergeschlagen**

Von Chile bis Bonn:  
**Die Freie Welt boykottiert Moskau**

Da staunt die Justiz:  
**Fritz Teufel präsentiert Alibi**

1500 Frauen beim 128-Fbund...

An die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative,

Lercherstraße 75  
2 Hamburg 50

Ich/wir abonniere(n) den Arbeiterkampf.

Der Bezugspreis  
halbjährlich - DM 27,50 o  
jährlich - DM 55,- o  
wird überwiesen auf das Konto  
der Hamburger Satz- und Verlags-  
Kooperative, Postcheckamt  
Hamburg, BLZ 20010020,  
Konto Nr. 27175-203.

## Abonniert!

Bestelladresse:

Name

Straße

Postleitzahl/Ort

Datum/Unterschrift

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Einzugsermächtigung

Ich/wir erkläre(n) uns damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem/uns-  
serem Konto

bei:

Ort:

Konto Nr.:

Bankleitzahl:

abgebucht werden.